



DIG Ausgabe 2 2024 | 5785
MAGAZIN

Zeitschrift der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

„... die Hoffnung,
zweitausend Jahre alt,
zu sein ein freies Volk
in unserem Land,
im Lande Zion
und in Jerusalem!“

Impressum

Herausgeber

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.
Präsident: Volker Beck (V.i.S.d.P.)
Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon 030/80 90 70 28
info@digev.de | www.digev.de

Registergericht:
Amtsgericht Charlottenburg
Registernummer: VR 4075 B

Chefredaktion

Claudia Korenke

Redaktionsteam

Daniel Killy
Dr. Kay Schweigmann-Greve

Titelbild

Zitat aus der HaTikva,
der Nationalhymne des Staates Israel

Konzept/Gestaltung/Satz

Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin
Telefon 030/401 89 39
info@schwarzer-druck.de

Druck & Verarbeitung

Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin

Erscheinungsweise

Halbjährlich. Der Bezugspreis des
DIG Magazins ist mit dem Mitglieds-
beitrag abgegolten. Für namentlich
gekennzeichnete Artikel sind die
jeweiligen Autoren verantwortlich.

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
IBAN DE84 1005 0000 1010 0091 99
BIC BELADEVXXX

Herausgegeben mit
freundlicher Unterstützung des
Auswärtigen Amtes



Auswärtiges Amt

Inhalt

- 1 | Editorial
Volker Beck, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Hauptversammlung der DIG

- 2 | Das neue Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft
- 3 | Das neue Präsidium und seine Aufgaben

Aktuell

- 4 | Vereinte Nationen der Israelfeinde
Eine Empörung – notwendig und überfällig
- 7 | Bundestagswahl 2025
Wahlprüfsteine DIG
- 10 | Städtepartnerschaften – jetzt!
Frankfurts Oberbürgermeister besucht Tel Aviv
- 12 | Kfar Aza wird wieder errichtet
Ruhama nimmt Kfar Aza auf – ein Projekt des KKL
- 13 | Erinnere Dich!
Weshalb Gedenken und Gespräch keine leeren Schlagwörter sind. Ein Plädoyer.
- 14 | Über linken Antisemitismus
- 16 | Paris, Amsterdam, Berlin: von Eskalation zum Pogrom
Free Europe from Hamas!
- 18 | Für Israel!
- 19 | Damals brach nur ein Vulkan aus
Von besonderen Ehrungen in schwieriger Zeit
- 19 | Engagement durch Kunst: Ruth Frenk
- 20 | Barbara Hoffs Appell an den Mut
- 20 | Dr. Hermann Kuhn und die vielfältige Tatkraft

Aus den AGs

- 21 | Israelsolidarität beim CSD Bremen
- 21 | „Mittelbaden“ heißt die neue AG
- 22 | Eine Kibbuznik auf Vortragsreise
Nurit Katziry aus Sha'ar HaGolan stellt die DIG-Broschüre „Der Kibbuz.
Israels einzigartige Erfindung“ vor
- 23 | Bonn: Gedenken in Bonn:
„Es wird Spuren, ja: Wunden hinterlassen“
- 23 | Die Sicherheitslage in Bonn
- 24 | Buxtehude: Jugendaustausch
Shalom Frankfurt – eine deutsch-israelische Woche am Main
- 25 | Chemnitz: Museumsmitarbeiterinnen aus Kiryat Bialik zu Gast
Städtepartnerschaft lebt trotz des Krieges – Begegnung in Chemnitz
- 26 | Duisburg-Mülheim-Oberhausen:
Warum Menschen am Jahrestag des Hamas-Massakers in die DIG eintreten
- 27 | Göttingen: Neu in der DIG-Familie – Arbeitsgemeinschaft Göttingen
- 28 | Frankfurt: Alt-Neuland beim Vorstand der AG Frankfurt
- 28 | Gießen: Brückenlauf für Israel und die Geiseln in Wetzlar
- 29 | Kassel: AG Kassel aktiv beim Wächterdienst an der Synagoge
- 30 | Münster: Mahnwachen in Münster
- 31 | Nürnberg-Mittelfranken: Prominenz, Künstler, zahlreiche Gäste – Der erste Israeltag in Fürth
- 32 | Regensburg: Regensburg und die Oberpfalz zeigen Solidarität und Zivilcourage

Sport

- 33 | MAKKABI Deutschland und die Vorbereitungen auf die Maccabiah 2025: „Aufgeben ist keine Option“

Hochschule

- 34 | Universität Haifa: Wie Toleranz überlebt

Literatur zum 7. Oktober

- 36 | Der 7. Oktober und die Literatur
- 37 | Was jetzt ist? Marko Martin hört auf Stimmen zum 7. Oktober

Kultur

- 38 | Bürger schenken ihrer Stadt ein Denkmal für Yehuda Amichai

Gedenken

- 39 | Ignatz Bubis sel. A.: „Er war ein Glücksfall“

Nachrufe

- 40 | Wir trauern um Esther Haß sel. A.
- 40 | Viel zu früh verstorben: Burghard Mannhöfer

Chaverim, liebe Freundinnen und Freunde Israels,

in dieser Zeit, in der es draußen früh und lange dunkel ist, richten wir unsere Augen auf das Licht. In der Hoffnung, dass die Dunkelheit nicht das letzte Wort hat.

Zum Ende des kalendarischen Jahres feiern wir mit Chanukka das Licht, das die Dunkelheit überwindet: die Erinnerung an den befreienden Sieg der Makkabäer, die Wiedereinweihung des Tempels und das damit verbundene Wunder des acht Tage lang nicht versiegenden Öls für die Menora. Mit dem Zünden der Kerzen auf der Chanukkia, dem Genuss von leckeren Latkes (Kartoffelpuffern) und Sufganiot (Pfannkuchen) werden wir Teil dieses Erinnerns. Auch Christinnen und Christen knüpfen mit dem Zünden der Kerzen am Adventskranz und Weihnachtsbaum an diese Verheißung an, dass das Licht die Finsternis besiegen möge.

Seit dem 7.10.2023 gehen wir als DIG mit Israel und Jüdinnen und Juden in Deutschland wie auf der ganzen Welt durch eine dunkle Zeit. Der Sieben-Fronten-Krieg, Gaza-Streifen, Libanon, Syrien, Westjordanland, Irak, Jemen und Iran, der auch hinter den anderen sechs Fronten steckt, bedroht Israel existentiell. Die Unterstützung der Welt für das angegriffene Israel fällt mäßig aus. Um es vornehm auszudrücken. Die Strategie der Hamas, mit der Durchkreuzung von Israels Anstrengungen zur Vermeidung und Minimierung ziviler Opfer auf palästinensischer Seite, Israels Selbstverteidigung zu delegitimieren, scheint voll aufzugehen. In den Arenen der UN, ihrer Unterorganisationen wie der internationalen Gerichte stehen das angegriffene Israel und nicht die Aggressoren und ihre Hintermänner auf der Anklagebank.

Mit der Wahl von Präsident Trump und dem Zusammenbruch der Ampelkoalition werden die Karten in der Außenpolitik auch neu gemischt. Ob Trumps Wahl, wie manche glauben, tatsächlich Israels Sicherheit hilft oder nur destruktive Kräfte der religiösen Zionisten ermutigt, wird sich erweisen müssen. Die letzte Präsidentschaft Trump hatte für Israel Licht und Schatten: Abzug der Amerikaner aus Syrien und die Abraham Accords.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ergreift keine Partei für eine bestimmte politische Gruppierung oder Koalition in Israel. Unmissverständlich stehen wir jedoch für die Existenz und Sicherheit Israels ein. In diesem Geist werden wir uns auch in den laufenden Bundestagswahlkampf einbringen: Jede neue Bundesregierung muss Israels Sicherheit zur Staatsaufgabe machen – und zwar nicht nur mit Worten, sondern durch konkrete Taten. Das bedeutet: Unterstützung für Israels Selbstverteidigung, auch durch Rüstungsexporte, eine klare Absage an Delegitimierungskampagnen in den Vereinten Nationen und eine aktive Förderung des kulturellen sowie wis-



Volker Beck

senschaftlichen Austauschs mit Israel – gerade angesichts der BDS-Bewegung.

Die von Bundeskanzler Scholz ausgerufene Zeitenwende muss Realität werden: Das gescheiterte Appeasement gegenüber dem Iran ebenso wie die Naivität und Blindheit bei der Finanzierung von Hamas und anderen terroristischen Strukturen über das UN-Flüchtlingshilfswerk UNRWA müssen endlich beendet werden.

Das Jahr 2025 steht im Zeichen des 60-jährigen Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Für die Deutsch-Israelische Gesellschaft ist das ein Anlass, dieses Jubiläum kämpferisch zu begehen: mit der klaren Verteidigung von Israels Existenz, der Betonung der deutsch-israelischen Beziehung als Wertepartnerschaft, die auf Menschenrechten, Gleichberechtigung aller Menschen, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gründet, und durch die Auseinandersetzung mit der historischen Verantwortung der deutschen Gesellschaft.

In diesem Sinne: Chanukka Sameach, frohe Feiertage und die besten Wünsche für ein besseres und friedvolleres Jahr 2025!

Ihr

Volker Beck

Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Das neue Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft



Die Wahl des neuen Präsidiums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft fiel zusammen mit der Europawahl. So brachte das ereignisreiche Wochenende interessante Ergebnisse hervor: In Bremen, wo sich die Delegierten zur Hauptversammlung trafen, wurde die richtungsweisende „Bremer Erklärung“ verabschiedet, Und: Die Hauptversammlung wählte ein neues Präsidium. Im

Folgenden stellen wir die gewählten Mitglieder vor – verbunden mit einem Überblick über die jeweiligen Funktionen und Erreichbarkeiten. Vernetzt, effizient und im Dialog mit Kollegen und Vorstand entstehen zahlreiche Synergieeffekte zum Nutzen der gemeinsamen Aufgaben und Ziele der DIG im ganzen Land.

(red).



Jürgen Hardt, MdB

Dr. Marcus Faber, MdB

Hartmut Ebbing
(Schatzmeister)

Volker Beck

Paula Ranft

Lisa Badum, MdB

Mathias Stein, MdB

Constantin Ganß

Das neue Präsidium und seine Aufgaben



Volker Beck

Präsident
Repräsentanz der DIG nach Innen und Außen

volker.beck@digev.de



Hartmut Ebbing

Schatzmeister
Finanzen, Zuwendungsrecht, Steuerrecht
Personal (mit Herrn Hardt), interne Organisation
Regionalbeauftragter AGs Berlin und Brandenburg

hartmut.ebbing@digev.de



Lisa Badum, MdB

Vizepräsidentin
Kontakt zum Bundestag
Regionalbeauftragte AGs Bayern, Frauenforum

Lisa.badum@digev.de



Yoram-Illy Ehrlich

Mitglied des Präsidiums
Regionalbeauftragter AGs Saarland, Baden-Württemberg
(mit Herrn Sommer), Rheinland-Pfalz (mit Herrn Sommer)

yoram-illy.ehrlich@digev.de



Dr. Marcus Faber, MdB

Kontakt zum Bundestag
Regionalbeauftragter AGs Sachsen-Anhalt

Marcus.faber@digev.de



Daniel Killy

Mitglied des Präsidiums
DIG Magazin, Pressearbeit, Social Media,
Antisemitismus-Prävention, Regionalbeauftragter Hamburg,
Bremen, nördliches Niedersachsen

daniel.killy@digev.de



Constantin Ganß

Repräsentanz bei ConAct,
Social Media/Öffentlichkeitsarbeit
Regionalbeauftragter AGs Hessen (außer: Wiesbaden)

Constantin.ganss@digev.de



Lasse Schauder

Mitglied des Präsidiums
Junges Forum

Lasse.schauder@digev.de



Jürgen Hardt, MdB

Kontakt zum Bundestag
Antikorruptionsbeauftragter, Awareness
Personalangelegenheiten (mit Herrn Ebbing)
Regionalbeauftragter AGs nördliches NRW/Region
Düsseldorf/Ruhrgebiet)

Juergen.hardt@digev.de



Angelika Scherb

Mitglied des Präsidiums
Awareness, Frauenforum, Regionalbeauftragte
AGs Nordrhein-Westfalen (Köln und weiter südlich)

angelika.scherb@digev.de



Paula Ranft

Social Media, Aufbau LehrerInnen-Netzwerk
zur Prävention an Schulen
Regionalbeauftragte Berlin-Brandenburg (mit Herrn Ebbing)

Paula.ranft@digev.de



Dr. Kay-Schweigmann-Greve

Mitglied des Präsidiums
DIG Magazin, Regionalbeauftragter AGs
Niedersachsen (mit Herrn Killy)

kayschweigmann-greve@digev.de



Mathias Stein, MdB

Kontakt zum Bundestag
Prüfung neuingegangener Mitgliedsanträge
Regionalbeauftragter AGs Mecklenburg-Vorpommern,
Thüringen, Schleswig-Holstein

Mathias.stein@digev.de



Bernhard Sommer

Mitglied des Präsidiums
Regionalbeauftragter AGs Sachsen, Baden-Württemberg
(mit Herrn Ehrlich), Rheinland-Pfalz (mit Herrn Ehrlich),
Ansprechpartner aufzubauendes Netzwerk
Vertrauensanwälte

Bernhard.sommer@digev.de

Vereinte Nationen der Israelfeinde

Eine Empörung – notwendig und überfällig

Jubel bei den Terrororganisationen und -Staaten unseres Planeten sowie ihren „progressiven“ Freunden: Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag (ICC) hat Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant wegen vorgeblicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Festnahme ausgeschrieben.

Damit wird der demokratisch legitimierte Regierungschef eines westlichen Landes auf eine Stufe mit Despoten wie Wladimir Putin gestellt. Dieser Skandal ist aber nur der jüngste Beleg für das höchst zweifelhafte Verhältnis führender internationaler Organisationen zu Judentum und israelischem Staat, meint Daniel Killy.

So berichtete die „Jerusalem Post“ unmittelbar vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe, dass sich Pierre Krähenbühl, der vormalige Schweizer Generaldirektor der UNRWA, dem „Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten“ im Februar 2017 in Beirut zu einem Solidaritätsmeeting mit der Crème de la Crème des islamistischen Terrors getroffen hatte. Teilnehmer waren neben Krähenbühl dessen libanesischer Statthalter Hakam Shawan, Ali Baraka (Hamas), Abu Imad Al-Rifai (Islamischer Jihad), Salah Al-Youssef (PFLP, die „Demokratische Front zur Befreiung Palästinas“) Ali Faisal (DFLP) sowie Vertreter weiterer Terrororganisationen aus DFLP und der Fatah Al-Intifada. Der Schweizer Flüchtlingskommissar versicherte den schiitischen Mörderbanden, mit ihnen „eins zu sein“. „Niemand kann uns trennen“ ergänzte Krähenbühl, der jetzt Generalsekretär vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes ist. Krähenbühl legte übrigens sein Amt beim UNWRA Ende 2019 wegen Vorwürfen des Missmanagements nieder und erklärte, er sei das Opfer „schmutziger Politik“.

Gegründet wurde die UNRWA, der schon seit vielen Jahren eine enge Kooperation mit der Hamas nachgesagt wurde und



Der Internationale Gerichtshof in Den Haag

von dem zwölf Mitarbeiter nachweislich an den Massakern vom 7. Oktober 2023 teilnahmen, im Jahr 1949. Seitdem wird der Vertrag über die Existenz der UNRWA alle drei Jahre verlängert. Mittlerweile hat die Behörde rund 30.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 13.000 davon im Gazastreifen. Zum Vergleich: Die UNHCR, das UNO-Flüchtlingshilfswerk für den Rest der Welt, hat derzeit 16.800 Mitarbeiter, die in 134 Ländern Flüchtlingen helfen. Allein die Gegenüberstellung dieser Zahlen zeigt die Groteske, die die schiere Existenz der UNRWA darstellt.

Die UNRWA, deren Arbeitsausweis übrigens auch neben der Leiche des von Israel eliminierten Hamas-Chef Yahya Sinwar gefunden wurde, ist der wohl absurdeste Auswuchs jener Vereinten Nationen der Israelfeinde, die leider auch die ehrwürdige UNO gekapert zu haben scheint. Längst haben wir uns an die Absurditäten gewöhnt, dass Israel permanent durch UN-Resolutionen verurteilt wird. Allein

zwischen 2015 und 2022 hat die UN-Vollversammlung laut der Genfer Nichtregierungsorganisation UN Watch 140 israelfeindliche Resolutionen verabschiedet. Der UN-Menschenrechtsrat, in ihm sitzen Muster-Demokratien wie Afghanistan, Libyen und Russland, verurteilte zwischen 2006 und 2024 Israel 104 Mal. Auf Platz zwei folgte Syrien mit 44 Mal, dritter ist Nordkorea mit 17 Mal. Das Mörderregime in Teheran wurde im selben Zeitraum übrigens ganze 15 Mal verurteilt.

Die Vereinten Nationen als Spielball von Terroristen und Diktatoren? Wer es mit Israel hält, hat keine andere Wahl, als diesen Blickwinkel einzunehmen – und da sind die halbherzigen Abstimmungen der deutschen UN-Delegierten noch nicht einmal mit eingepreist.

Daniel Killy ist Mitglied des Präsidiums der DIG, Co-Vorsitzender der DIG Hamburg und Journalist aus Profession und Leidenschaft.

Und nun also der Internationale Strafgerichtshof (ICC). Der wurde gegründet, um das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 um- und durchzusetzen. Er sollte für Rechtssicherheit in Staaten sorgen, in denen diese nicht gewährleistet war, indem er Personen anklagen und verurteilen kann, wenn deren Herkunftsländer dies nicht können oder wollen. Ein supranationaler Gerichtshof also, der gerichtliche Verfahren und Urteile in Ländern ohne demokratische Strukturen erlassen kann. Allerdings gilt beim ICC der sogenannte Grundsatz der Komplementa-

rität. Das heißt, gegenüber der nationalen Gerichtsbarkeit ist seine Rechtsprechungs-Kompetenz nachrangig. Erst, wenn die nationale Rechtsprechung nicht fähig oder willens ist, Verstöße gegen das Völkerstrafrecht (Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbrechen der Aggression und Kriegsverbrechen) zu ahnden, darf der ICC eingreifen.

Da in Israel das Rechtssystem unabhängig und effektiv ist und bereits angekündigt wurde, sich mit vereinzelt Vorwürfen in Sachen Aggression und Kriegsverbrechen nach dem Krieg auseinanderzusetzen, bekommen die Haftbefehle – dass da auch ein mittlerweile von Israel liquidierter Hamas-Kommandeur aufgeführt wird, macht die Sache noch absurder – einen ganz besonderen Hautgout. Da mischt sich eine Organisation in das funktionierende Rechtssystem einer Demokratie ein, die nebenbei gerade um ihr Überleben und das Überleben unser aller moralischen Werte kämpft, unterminiert sie mit politischem Propagandagetöse. Etliche meiner Medien-Kollegen fragen sich bang, ob Deutschland nun im Zweifel diesen Haftbefehl gegen Regierungschef Netanjahu vollstrecken müsse.

Die Antwort ist wesentlich weniger komplex, als sich so mancher „Rechtsexperte“ das vorstellt: Nein; denn der Erlass der Haftbefehle verstößt gegen die eigenen Statuten des ICC. Das sagte auch Gali Baharav-Miara, Israels Generalstaatsan-



Foto: www.wikipedia.org/Avi Ohayon/Government Press Office of Israel

Benjamin Netanjahu
Ministerpräsident des Staates Israel

wältin, in einem Statement vom 22. November 2024: „Dem Internationalen Strafgerichtshof fehlt jegliche Autorität in dieser Angelegenheit.“

Es bleibt zu hoffen, dass sich diese Erkenntnis auch in Deutschland durchsetzt. Vielleicht überdenkt eine neue Bundesregierung auch endlich die Zahlung von Fördergeldern an UNRWA und Co. beziehungsweise eine Mitgliedschaft im ICC. Zeit dafür wäre es. Damit auch endlich der Jubel der Terrorfreunde verebbt.

Daniel Killy



Foto: www.wikipedia.org/U.S. Embassy Jerusalem

Yoav Gallant
Verteidigungsminister des Staates Israel
von Dezember 2022 bis November 2024

JJJ – für faire Debatten

Vor wenigen in Frau Wochen wurde in Frankfurt den Verband Jüdischer Journalistinnen und Journalisten (JJJ) ins Leben gerufen. Der neue Verband möchte sich für eine faire Debatte über jüdische Themen in der Öffentlichkeit einsetzen, aber auch Kolleginnen und Kollegen unterstützen, die jüdenfeindlich diskriminiert werden. Gründungsvorsitzende sind Susanne Stephan und Lorenz Beckhardt. Wie wichtig journalistische Trennschärfe bei jüdischen Themen ist, zeigt auch das jüngste Beispiel Amsterdam. Wer – noch so widerwärtige – Jagdszenen auf jüdische

Fans im Umfeld des Fußballspiels Ajax gegen Makkabi Tel Aviv mit den Pogromen der Nazizeit gleichsetzt, wertet erstens die palästinensischen Pöbler unnötig auf – und relativiert gleichzeitig, dass es sich im historischen Fall um kühl organisierte staatliche Exzesse handelte und im Falle Amsterdam um staatsferne Gewalterruptionen. Die Lage ist kompliziert genug, sie sollte durch „argumentatives Hyperventilieren“ nicht noch schlimmer gemacht werden. Auch dafür wird und sollte die JJJ künftig stehen.

Daniel Killy



Der Gründungsvorstand (v.l.n.r.):
Tamara Land (Schatzmeisterin),
Gerald Beyrodt (Beirat),
Katja Garmasch (Beirätin),
Lorenz Beckhardt (Vorsitzender),
Susanne Stephan (Vorsitzende)

DEM DEUTSCHEN VOLKE

Deutscher Bundestag

Bundestagswahl 2025

Wahlprüfsteine DIG

7 Prüfsteine zur deutsch-israelischen Freundschaft

7 Punkte für die Sicherheit des jüdischen Volkes

o. Einführung

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ist die größte und traditionsreichste Organisation für die Freundschaft zwischen der deutschen und der israelischen Gesellschaft. Wir sind überparteilich und laden Bürgerinnen und Bürger aus allen demokratischen Parteien und politischen Milieus zur Mitarbeit und Mitgliedschaft ein. Unsere zentralen politischen Grundlagen sind die Werte des Grundgesetzes: Achtung und Schutz der unantastbaren Menschenwürde, der freiheitlich demokratischen Grundordnung (fdGO) und des Gedankens der Völkerverständigung.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ist eine pro-zionistische Organisation; sie unterstützt und verteidigt die zionistische Idee und Wirklichkeit des Staates Israel. Der Zionismus ist die Nationalbewegung des jüdischen Volkes. Er vertritt ein breites politisches Spektrum von links bis rechts. Mit der Gründung des Staates Israel wurde der zionistische Traum Wirklichkeit.

Die seit 1948 anhaltende Bedrohung des Staates Israel und der Terror gegen seine Bevölkerung, der brutale Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023, der andauernde Raketenbeschuss Israels durch die Hizbollah seit dem 8. Oktober 2023 aus dem Libanon, die folgenden Angriffe der Huthis sowie irakischer und syrischer Proxies des Iran, und die massiven Raketen- und Drohnenangriffe des Iran sind aufs Schärfste zu verurteilen. Hier muss Deutschland klar Position beziehen: Israel hat das Recht und die Pflicht, sich gegen Angriffe auf seine Bevölkerung und auf die Existenz des Staates zu wehren. Das Völkerrecht ist Grundlage und Rahmen seiner Selbstverteidigung. Dies seiner Verteidigung zugrunde liegende völkerrechtlich verbriefte Recht verdient deutsche Unterstützung, auch im Rahmen der Rüstungsexportpolitik.

Die Auseinandersetzung um das Existenzrecht Israels kann man getrost zu den

Akten legen: Israel existiert, und zwar seit 1948. Es ist seit 1949 Vollmitglied der Vereinten Nationen. Die UN-Charta schützt ihre Mitglieder vor Angriffen auf ihre Existenz. Alles andere verstößt gegen das Völkerrecht: Die Charta der Vereinten Nationen respektiert die Souveränität jedes Mitglieds, bestätigt die territoriale Integrität jedes Mitgliedstaats und verbietet Angriffe auf die Grenzen eines anderen Staates. Es reicht aus, an diesen Selbstverständlichkeiten auch für Israel festzuhalten, um der antisemitischen Kampagne in den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen klar entgegenzutreten. Dieser erwarten wir auch beim deutschen Abstimmungsverhalten der nächsten Bundesregierung. All diese Überlegungen finden immer auch vor dem Hintergrund statt, dass Deutschland eine besondere historische Verantwortung für die Sicherheit des jüdischen Volkes hat.

1. Israels Sicherheit ist und bleibt deutsche Staatsräson

In den Koalitionen von Bundeskanzlerin Merkel und Bundeskanzler Scholz wurde das Bekenntnis zu Israels Sicherheit als deutsche Staatsräson festgelegt.

Inzwischen wird gefordert, dies auch in das Grundgesetz aufzunehmen: „Der Staat schützt die Sicherheit des Staates Israel im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung und des Völkerrechts durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Trotz des klaren Bekenntnisses im letzten Koalitionsvertrag kam es Presseberichten zufolge bei Waffenlieferungen für Israels Selbstverteidigung zu Problemen im Bundessicherheitsrat.

Bei den Resolutionen der Vereinten Nationen besteht ein Ungleichgewicht: Israel steht häufiger im Mittelpunkt als alle an-

deren Länder zusammen. Trotz des klaren Bekenntnisses im letzten Koalitionsvertrag, sich gegen solche „Versuche antisemitisch motivierter Verurteilungen Israels, auch in den VN“ zu wenden, enthielt sich Deutschland wiederholt und regelmäßig bei Verurteilungen Israels in der UN.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

- a.) Unterstützen Sie die Selbstverpflichtung deutscher Politik, dass Israels Sicherheit deutsche Staatsräson sei?
- b.) Wie stehen Sie zur Forderung, die Unterstützung für Israels Sicherheit in das Grundgesetz aufzunehmen?
- c.) Unterstützen Sie die Forderung, dass Deutschland die antisemitisch motivierten Verurteilungen Israels in der Generalversammlung der Vereinten Nationen und UN-Unterorganisationen klar ablehnt?
- d.) Unterstützen Sie die Ausfuhrgenehmigungen der für Israels Selbstverteidigung notwendigen Waffen?

2. Stärkung der Deutsch-Israelischen Beziehungen

„Deutschland wird weiterhin an der Seite Israels stehen, und Israel kann weiterhin auf die Freundschaft meines Landes zählen Ganz gleich, wie schnell die Welt sich verändert, ganz gleich, wer demnächst Bundeskanzlerin oder Bundeskanzler sein wird, wir werden unser Bestes tun, um der einzigartigen Freundschaft zwischen Israel und Deutschland auch in Zukunft gerecht zu werden,“ sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier angesichts des Regierungswechsels 2021.

In der Vergangenheit waren Initiativen für die deutsch-israelische Freundschaft auf deutscher Seite ein Ergebnis der Auseinandersetzung mit der Shoah und der deutschen Geschichte. Will man die jüngere Generation künftig hierfür gewinnen, braucht es mehr aktiven Austausch zwischen unseren Gesellschaften, um Israels

Vielfalt, Geschichte und Innovationskraft erfahrbar zu machen. Durch die BDS-Bewegung sind israelische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Künstlerinnen und Künstler einer zunehmenden internationalen Isolierung ausgesetzt. Die Austauschprogramme mit kulturellen Einrichtungen und Universitäten in Israel sollten daher umfangreich intensiviert werden. Damit kann Deutschland ein Zeichen für Kunst- und Wissenschaftsfreiheit setzen. Mit der institutionellen Förderung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft als wichtigstem zivilgesellschaftlichen Akteur in diesem Bereich und der Errichtung der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum haben Bundesregierung und Bundestag Schritte zur Stärkung der deutsch-israelischen Freundschaft und Partnerschaft ergriffen. Seit Jahren haben die deutsche und die israelische Regierung die Gründung eines Deutsch-Israelischen Jugendwerks in Aussicht gestellt. Einen Durchbruch gab es dazu bisher nicht.

Die Förderung der deutsch-israelischen Beziehungen ist mehr als auswärtige Kulturpolitik. Sie ist eine wichtige Maßnahme gegen antiisraelischen Antisemitismus und sollte sowohl vom Kanzleramt als auch von den Jugendministerien institutionell unterstützt werden.

a. Welche Maßnahmen werden Sie in der nächsten Wahlperiode zur Förderung der deutsch-israelischen Beziehungen auf den Weg bringen?

b. Wie wollen Sie sich im Rahmen des anstehenden Jubiläumsjahres deutsch-israelischer diplomatischer Beziehungen 2025 einbringen?

3. Bekämpfung aller Formen des Antisemitismus

Der Hass auf Juden hat auf unserem Kontinent eine 2000-jährige Geschichte. Antisemitismus findet sich in allen gesellschaftlichen, politischen und in christlichen, islamischen wie atheistischen Milieus. In seiner Entschließung vom 7. 11. 2024 hat der Bundestag festgestellt: „Antisemitismus ist ein hochgradig dynamisches, zutiefst menschenfeindliches Phänomen. Die Entwicklung seit dem 7. Oktober 2023 ist sowohl auf einen zunehmend offenen und gewalttätigen Antisemitismus in rechts-extremistischen und islamistischen Milieus

als auch auf einen relativierenden Umgang und vermehrt israelbezogenen und links-antiimperialistischen Antisemitismus zurückzuführen“ und auf autochthonen wie zugewanderten Antisemitismus hingewiesen.

Der Bundestag hat dabei empfohlen, bei der Bestimmung antisemitischer Inhalte „die IHRA-Antisemitismusdefinition als maßgeblich heran[zuziehen“ und die Forderung des BDS-Beschlusses vom 17. Mai 2019 bekräftigt, der bisher noch keine gesetzgeberische Umsetzung erfuhr.

Welche Maßnahmen werden Sie in der nächsten Wahlperiode ergreifen, um die Beschlüsse des Bundestages vom 7. November 2024, 17. Mai 2019 und 20. September 2017 umzusetzen?

4. Humanitäre und Entwicklungshilfe für Palästinenser ohne Terrorunterstützung - jenseits der UNRWA und ihrer Strukturen

Die UNRWA ist im Gegensatz zum UNHCR auf eine Perpetuierung der palästinensischen Flüchtlingssituation statt auf eine Integration der Flüchtlinge ausgerichtet. Es braucht keine zwei Flüchtlingshilfswerke der Vereinten Nationen, eines für alle Flüchtlinge dieser Welt, den UNHCR, der sich um Integration der Flüchtlinge in den Aufnahmeländern kümmert, und eines für die Nachfahren der Flüchtlinge und Vertriebenen des israelischen Unabhängigkeitskrieges, das eine Eingliederung verhindert; UNHCR ist mit knapp über 20.000 Mitarbeiter für 110 Millionen Flüchtlinge zuständig, UNRWA betreut mit ca. 30.000 Mitarbeitern 6,7 Millionen Klienten. Das ist nicht im Lot. Dass das Erziehungssystem der UNRWA aufgrund seines Lehrpersonals und der Schulbücher zu Terrorismus und Israelhass aufstachelt, ist vielfältig belegt. Deshalb spricht sich die DIG seit vielen Jahren gegen eine Weiterfinanzierung dieses Sonderhilfswerkes aus. Der 7. 10. 2023 hat diese Frage nur akuter gemacht:

Die Verquickung der UNRWA mit Mitgliedern der Hamas und anderer terroristischer Organisationen ist ein wiederkehrendes und vielfach belegtes Problem.

Das Massaker vom 7. 10. 2023 wurde nach Angaben israelischer Stellen von UNRWA-Mitarbeitern aktiv unterstützt und beju-

belt. Israel hat seine Hinweise darauf mit der UN geteilt.

Ein Hamas-IT-Zentrum befand sich unter dem UNRWA-Headquarter und bezog von dort seinen Strom. Die Hamas nutzte im Gaza-Krieg vielfältige UNRWA-Einrichtungen als militärische Infrastruktur oder als Schutzschild für ihre militärische Infrastruktur. Insofern kann die Finanzierung der UNRWA als finanzielle Unterstützungsleistung einer ausländischen terroristischen Organisation angesehen werden.

Es gibt keine Alternative zum Leisten von humanitärer Hilfe. Aber wer keine Alternative zur UNRWA sieht, verfolgt eine politische Agenda. Sich wiederholende Finanzskandale und die Verbindung zu terroristischen Strukturen erschüttern das Vertrauen in UNRWA zutiefst.

Die deutsche humanitäre Hilfe und deutsche Entwicklungshilfe für Palästinenser soll künftig über andere UN-Agenturen, die Aufnahmeländer oder humanitäre Organisationen geleistet werden.

Werden Sie sich für eine Beendigung der deutschen Finanzierung der UNRWA einsetzen?

5. Keine Zuwendungen für antisemitische Konzepte

Am 7.11.2024 hat der Bundestag beschlossen: „Der Deutsche Bundestag bekräftigt die haushaltsrechtlichen Regelungen für die Mittelvergabe auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung für alle Zuwendungsempfänger des Bundes. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seinen Beschluss, dass sicherzustellen ist, dass keine Organisationen und Projekte finanziell gefördert werden, die Antisemitismus verbreiten, das Existenzrecht Israels in Frage stellen, die zum Boykott Israels aufrufen oder die die BDS-Bewegung aktiv unterstützen. ... [A]uf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung der Kulturministerkonferenz, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und der kommunalen Spitzenverbände vom 13. März 2024 sollen Länder, Bund und Kommunen – soweit noch nicht erfolgt – rechtssichere, insbesondere haushälterische Regelungen erarbeiten, die sicherstellen sollen, dass keine Projekte und Vorhaben insbesondere

mit antisemitischen Zielen und Inhalten gefördert werden.“

Das Tikvah Institut hat hierfür eine Novellierung der Bundeshaushaltsordnung vorgeschlagen:

§ 23 Abs. 2 (Neu) BHO

Der Schutz der unantastbaren Würde des Menschen, die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) und der Gedanke der Völkerverständigung sind bei der Erfüllung bestimmter Zwecke durch die Stellen außerhalb der Bundesverwaltung zu beachten und nicht zu gefährden. Sie sollen gefördert werden.

Antisemitische, rassistische und sonstige menschenverachtende Konzepte oder Inhalte sind nicht zuwendungsfähig.

- a.) *Unterstützen Sie eine Novellierung der Bundeshaushaltsordnung, die antisemitische, rassistische und sonstige menschenverachtende Konzepte oder Inhalte für nicht zuwendungsfähig erklärt?*
- b.) *Welche anderen Vorschläge verfolgen Sie ggf.?*

6. Verbot von Israel-Vernichtungsdrohungen

Der Bundestag hat am 7.11.2024 beschlossen: „Die Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben ist vollständig und nachhaltig auszufüllen und umzusetzen. Dazu gehört es unter anderem, „Gesetzeslücken zu schließen und repressive Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen“ (NASAS, S. 39). Dies gilt in besonderem Maße im Strafrecht sowie im Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht, um eine möglichst wirksame Bekämpfung von Antisemitismus zu gewährleisten.“

Zu den Strafbarkeitslücken gehört, dass Aufrufe zur Vernichtung Israels in der Regel nicht strafbar sind. Dies ist eine Strafbarkeitslücke, da antiisraelische Hetze und Demonstrationen immer wieder in Angriffen auf jüdische Einrichtungen und auf Jüdinnen und Juden oder Israelis kulminieren. Vernichtungsdrohungen wie „Tod Israel“-Rufe stören somit den öffentlichen Frieden.

Das Tikvah Institut hat daher einen neuen § 103 StGB (neu) (Aufruf zur Vernichtung eines Staates) vorgeschlagen:

Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer zur Vernichtung eines Staates, der Mitglied der Vereinten Nationen ist, aufruft oder diese billigt.

- a.) *Unterstützen Sie einen neuen Straftatbestand „Aufruf zur Vernichtung eines Staates“?*
- b.) *Welche anderen Gesetzeslücken werden Sie in der nächsten Wahlperiode schließen?*

7. Für eine konsequente Iranpolitik: – Listung der Revolutionsgarden als Terrororganisation – mit einem Sanktionsregime den Iran an weiteren Aufrüstungsschritten hindern

Von Anfang an haben die Proxies der Islamischen Republik Iran den Angriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung unterstützt: Zahllose Raketen feuerte die Hisbollah auf Israel. Mit terroristisch-kriegerischen Angriffen auf die zivile Schifffahrt haben die terroristischen Huthi-Milizen ihre Unterstützung des Hamas-Terrors erklärt. Der barbarische Angriff des 7.10. war also auch die Verschärfung eines regionalen Konfliktes. Koordiniert, finanziert,

ausgerüstet und trainiert wird dieser Terror durch die Islamische Revolutionsgarde IRGC und ihre Auslandseinheit, die Quds-Einheit. Der Iran scheut auch nicht davor zurück, auf deutschem Boden jüdische oder israelolidarische Ziele anzugreifen. Israel hat auch auf Bitten seiner Bündnispartner auf einen großen militärischen Gegenschlag bisher verzichtet. Damit haben diese Bündnispartner jetzt aber auch die Verantwortung, ernsthafte Anstrengungen zu unternehmen, der nuklearen wie konventionellen Bedrohung Israels wie der Region durch die Islamische Republik Iran aktiv zu begegnen und die Mechanismen des Nukleardeals JCPOA zu aktivieren, die für die schon seit längerem bestehende Verletzung der Vereinbarung durch die Islamische Republik Iran vorgesehen sind. Eine weitere Eskalation durch die Islamische Republik Iran muss unbedingt verhindert werden. Das Signal muss klar sein: Wenn die Islamische Republik Iran Israel erneut angreift, steht Israel nicht allein. Nur Abschreckung und eine feste Haltung wird die Islamische Republik Iran vom weiteren Drehen an der Eskalationsschraube und seinem Streben zur Nuklearmacht abhalten. In der Iranpolitik braucht es in Deutschland eine Zeitenwende. Die Diplomatie mit dem Iran ist in eine Sackgasse geraten.

- a.) *Unterstützen Sie die Listung der Islamischen Revolutionsgarden IRGC als Terrororganisation durch die Europäische Union?*
- b.) *Setzen Sie sich für ein Sanktionsregime (u.a. Snapback-Mechanismus nach dem JCPOA) ein, das dem Iran die wirtschaftlichen Mittel nimmt, um sein konventionelles und nukleares Aufrüstungsprogramm fortzusetzen?*

Hintergrund:

Die aktuellen Positionen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft finden Sie u. a. hier:

BREMER ERKLÄRUNG

Hauptversammlung DIG e.V. 08./09.06.2024.

<https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/dig/beschlusse/leit Antrag-des-praesidiums-der-dig-e-v-zur-hauptversammlung-am-08-06-2024-bremer-erklarung/>

Die rechtspolitischen Vorschläge finden Sie hier erläutert:

Volker Beck (Hg.): Mögliche juristische und rechtspolitische Antworten auf BDS. Dokument des Tikvah Institut Nr. 2. Leipzig, 2023.

<https://www.hentrichhentrich.de/buch-moegliche-juristische-und-rechtspolitische-antworten-auf-bds.html>

Mitglied werden können Sie hier: <https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/flagge-zeigen/>

Städtepartnerschaften – jetzt!

Frankfurts Oberbürgermeister besucht Tel Aviv

Es sind über 100 Städte und Gemeinden in Israel und Deutschland, die miteinander eine Städtepartnerschaft oder eine Städtefreundschaft unterhalten. Die jüngste Partnerschaft, vollzogen am 7. Oktober 2024, ist die zwischen Magdeburg und Kiryat Motzkin. Andere Partnerschaften haben eine lange Historie – so die zwischen den Metropolen Frankfurt und Tel Aviv, die seit nunmehr 40 Jahren besteht. So wie Magdeburg mit dem 7. Oktober als Datum der Vertragsunterzeichnung ein politisches Signal gesetzt hat, ist es auch dem Frankfurter Oberbürgermeister Mike Josef wichtig, die Freundschaft zwischen Frankfurt und Tel Aviv sichtbar zu machen und die israelischen Freunde der Solidarität der Mainmetropole zu versichern – gerade jetzt, gerade in dieser Zeit.

Vom Frankfurt Rathaus, dem Römer, weht die Flagge der Stadt Tel Aviv. Im Frühsommer wandte sich der Oberbürgermeister Tel Avivs, Ron Huldai, per Videoschleife an die Abgeordneten des Stadtparlaments im Römer, dem Frankfurter Rathaus. Ron Huldai, seit 26 Jahren Oberbürgermeister der Partnerstadt, adressierte die Parlamentarier und schilderte die Situation der Stadt am Mittelmeer. Schon im Sommer beherbergte und versorgte Tel Aviv 20.000 Binnenflüchtlinge; eine Zahl, die, seitdem die zweite Front im Norden des Landes die Menschen ebenso bedroht wie die Angriffe des Iran, deutlich gestiegen ist. Die Schilderung der Situation und die Bitte um Unterstützung verband Huldai gleichzeitig mit dem Dank an die Frankfurter.

Mike Josef, seit wenigen Monaten Oberbürgermeister der Mainmetropole, reiste im Sommer mit einer Delegation nach Tel Aviv. Für ihn, den in Syrien geborenen und in Deutschland aufgewachsenen Sozialdemokraten, war diese Reise in vielerlei Hinsicht bewegend. Mit Ron Huldai traf er einen Kollegen, der altersmäßig sein Vater sein könnte, einen Politiker, der seit Jahrzehnten an der Spitze einer Großstadt steht und: Seine erste Reise nach Israel führte Mike Josef in ein Land im Kriegszustand.



Kollegen – links Oberbürgermeister Mike Josef, rechts Amtskollege Ron Huldai

Wir – die Autorin war Mitglied der Delegation – reisten ungeachtet vielfältiger Besorgnis. Das Außenministerium warnt vor Israelreisen. Missachtet man diese Warnungen, sehen sich Versicherungen nicht zahlungspflichtig, und: man habe keine Möglichkeiten, uns zurückzuholen, schließlich seien wir „nur Kommunalpolitiker“, wurde uns beschieden.

Wir reisten.

Was waren die stärksten Eindrücke?

Die Begegnung der beiden Obs? Der Besuch im jüdisch-arabischen Zentrum in Jaffa? Der Nachmittag im Gespräch mit den Geiseln? Der Abend auf dem Platz der Geiseln? Die Kranzniederlegung in Yad Vashem?

„Der Besuch war sehr emotional. Die vielen Einzelschicksale, von denen wir in Yad Vashem gehört haben, haben mir noch einmal neue Perspektiven auf den Holocaust eröffnet. Dies hat meine Überzeugung gestärkt, dass jeder und jede die Lehren aus der Geschichte ziehen muss. Wir alle sind jetzt in der Verantwortung, die Würde jedes Menschen zu schützen.“ **OB Josef nach seinem Besuch in Yad Vashem**

Vor dem Rathaus in Tel Aviv, an der Gedenkstätte mit dem geborstenen Stein, der die Erschütterung, das Beben der israelischen Gesellschaft symbolisiert, gedachte OB Josef des 1995 ermordeten Staatspräsidenten

ten Itzhak Rabin. Die Delegation teilte den Moment der Kranzniederlegung für diesen Politiker, der für eine offene Gesellschaft und ein friedliches Zusammenleben stand und hier niedergeschossen wurde.

Die große Gesprächsrunde im zwölften Stock des Rathauses, bei der sich die beiden Oberbürgermeister erstmals offiziell austauschten, gab auch den Dezernenten Raum. Intensive Diskussionen über das Thema Wohnraum in den Metropolen nahmen breiten Raum ein.

Von Tel Aviv nach Jerusalem. Mike Josef, der diesen Besuch in Yad Vashem ausdrücklich wünschte, ist bewegt – stellt sich mehrfach abseits, braucht Pausen, verarbeitet seine Eindrücke. Nach der Kranzniederlegung in der Gedenkhalle schweigen die Delegationsmitglieder – lange Zeit.

Zurück in Tel Aviv treffen wir Angehörige der Geiseln. Viele von uns hören erstmals



Alon Gat, Opfer und Geiselangehöriger (links) berichtet OB Josef vom 7. Oktober.

„Im Namen der Einwohner von Tel Aviv-Yafo und der Bürgerinnen und Bürger Israels möchte ich dem Oberbürgermeister von Frankfurt am Main und der gesamten Delegation, sowie allen Frankfurterinnen und Frankfurtern meinen aufrichtigen Dank und meine Anerkennung für die Unterstützung und Solidarität aussprechen, die Sie uns weiterhin entgegenbringen. Obwohl wir uns noch immer in einer der schwierigsten Phasen in der Geschichte Israels befinden, verspreche ich Ihnen, dass Tel Aviv-Yafo stets ein Symbol für Demokratie, Toleranz und Pluralismus bleiben wird, ein Willkommensort für alle, unabhängig von Geschlecht, Religion oder ethnischer Zugehörigkeit.“ **OB Huldai anlässlich des Besuches der Frankfurter Delegation.**

die unfassbaren Details des entmenslichten Überfalls der Hamas. Die Erschütterung, als Alon Gat, ein Angehöriger spricht, ist sichtbar. Wenige Wochen später – auch ein Ergebnis dieser Reise – wird er in Frankfurt sprechen.

Dann gehen wir hinaus auf den Platz der Geiseln. Der Tunnelnachbau löst zwiespältige Reaktionen aus, Gruppen singen gemeinsam, Menschen jeden Alters tragen Poster, Vereine und Familien sammeln sich, wir treffen die Tochter von Yossi Harel,

des Kapitäns der „Exodus“, der Platz füllt sich, man kann die gelben Schleifen kaufen, Symbol des „bring them home, NOW“. Vier Geiseln befreit die IDF an diesem Tag. Freude in der Tragödie? In den Tragödien? Was darf man fühlen? Eine junge Frau gehört zu den Befreiten. Die Mutter – sie wird wenige Wochen danach sterben – liegt mit einem Hirntumor im Krankenhaus. Niemand weiß, ob sie noch wahrnehmen konnte, dass die Tochter frei ist.

Wir laufen mit den Israelis, die zum Verteidigungsministerium ziehen, durch die Straßen der Stadt. Der Weg ist lang. Wir teilen den Schmerz, die Erschütterung, das Schweigen.

Claudia Korenke

S. E. Botschafter Ron Prosor setzt sich täglich für die Vertiefung der deutsch-israelischen Beziehungen ein. Seine besondere Aufmerksamkeit gilt den Kontakten zwischen den Zivilgesellschaften beider Länder. Hier sind Städtepartnerschaften, neben dem Jugendaustausch, ein wichtiger Baustein. Bei Reisen in Städte ohne israelische Partnerstadt regt der Botschafter daher immer an, eine solche Beziehung aufzubauen.

Tatsächlich sind einige Städtepartnerschaften aber auch mit der Eigeninitiative von Städten, das heißt ohne Engagement der Botschaft, zustande gekommen. Wie eingangs erwähnt weiß die Botschaft von rund 100 deutsch-israelischen Städtepartnerschaften, wobei es auch ein gewisses Dunkelfeld gibt. Dieses Dunkelfeld erlaubt der Botschaft nicht, die Entwicklungen auf diesem Gebiet im Zusammenhang mit dem 7. Oktober umfassend einzuschätzen.

Der Trend der Städtepartnerschaften setzt sich jedoch fort: am 7. Oktober werden Magdeburg und Kiryat Motzkin eine Städtepartnerschaft initiieren. **Verlautbarung der Botschaft des Staates Israel**

Kfar Aza wird wieder errichtet

Ruhama nimmt Kfar Aza auf – ein Projekt des KKL



Man ordnet die linken Zionisten und Gründer des Kibbuz Ruhama falsch ein, wenn man ihnen ein aktives religiöses Leben unterstellt. Und doch nannten sie ihren Kibbuz „Ruhama“ nach den Worten des Propheten Hosea. Ruhama heißt: Erbarmen.

Immer wieder hat die 1944 gegründete Siedlung 10 Kilometer südlich von Sderot Zerstörung erlebt und Wiederaufbau. Am 7. Oktober ist ihr ein Wunder geschehen: sie blieb nahezu unberührt von dem Massaker, das sich in unmittelbarer Nähe begab. Es ist deshalb, dass die 500 Mitglieder, die heute den Kibbuz bewohnen, Mit-Leid und Erbarmen praktizieren.

Entfernt man sich vom Biblischen, heißen die Fakten: Die einzige Siedlung, die nicht von Raketen getroffen wurde, die nicht evakuiert wurde, ist Ruhama. Eine Siedlung von 500 Bewohner muss und will nun 200 Familien des Kibbuz Kfar Aza eingemeinden. Die wirtschaftlichen Bedarfe dafür werden irgendwann zur Verfügung stehen. Wie aber integriert eine Minderheit eine schwer traumatisierte Mehrheit? Wie geht der Nachbar, dessen Haus und Familie nichts geschehen ist, um mit jenem, dessen Angehörige bestialisch ermordet wurden? Wie werden die über 250 Kinder Ruhamas, denen kein Leid geschehen ist, mit jenen umgehen, deren Erlebnis des Grauens das Leben bestimmen wird?

Keine dieser Fragen kann Dr. Ruth Eitan, die Hauptdelegierte des Jüdischen Nationalfonds beantworten. Aber: es ist ihre Aufgabe, die Verlegung des vernichteten Kibbuz Kfa Aza in den Kibbuz Ruhama zumindest wirtschaftlich zu begleiten. Eitan, die in Deutschland ansässige Israelin, war seit dem 7. Oktober mehrfach im Süden Israels. Als ehemalige Repräsentantin jener Schule in Sha'ar Ha Negev, dem Sapir College, das in Sichtweite zu Gaza liegt, ist ihr die Region bestens vertraut. Sie kennt jede der angegriffenen Ortschaften, Freunde von ihr wurden ermordet. Sie, die berichtet und bezeugt vor deutschem Publikum, verstummt oft, während sie schildert, was sie sieht in den Ortschaften, deren Bewohner niedergemetzelt, verschleppt, vergewaltigt und ermordet wurden.



Das Kibbuz befindet sich bereits im Wiederaufbau.

„Die Häuser“, so sagt sie, „sind zerstört, verlassen ... und dann siehst Du die Gärten, da blühen die Blumen...“.

In Deutschland sucht und findet der Jüdische Nationalfonds JNF-KKL Unterstützung für die Verlegung des Kibbuz Kfar Aza, für seine zeitweilige Neuerrichtung als Teil des Kibbuz Ruhama. In drei Jahren, so hoffen die Evakuierten, werden sie wieder in ihren Kibbuz zurückkehren ...Jetzt aber geht es in Ruhama um das Kinderhaus, in dem zunächst Soldaten stationiert waren und in dem nun die 250 Kinder aus Ruhama mit Gleichaltrigen zusammentreffen, die schwer traumatisiert sind. Da geht es um Errichtung von Wohnhäusern, für jene, von denen man nicht weiß, ob sie jemals wieder das Gefühl des „Zuhause“ haben werden. Es geht um so Vieles ... Merav Gordon, die Gemeindevorsteherin von Ruhama steht vor Aufgaben, die die Anforderung an Kommunalpolitik weit übersteigen. Aber sie ist entschlossen, ihren Kibbuz auch nach der Verdoppelung der Bevölkerung zu einem geschützten Ort besonders für alle Kinder, den evakuierten und den ansässigen, zu machen. Der Bau des neuen Ortsteils von Ruhama, „Kfar Aza“ ist in vollem Gang.



Erinnere Dich!

Weshalb Gedenken und Gespräch keine leeren Schlagwörter sind. Ein Plädoyer.

Wie sprechen nach dem 7. Oktober? Noch sucht das Entsetzen nach Worten. Aber: es findet sie auch. Israelische Autoren und Autorinnen wie Fania Salzberger-Oz, Saul Friedländer, Ron Leshem, Dror Mishani, Lee Yaron oder Amir Tibon können in ihren aktuellen Büchern über jenen schier endlosen Massenmord-Tag auch deshalb so präzise schreiben, weil sie eines wissen: Sagbarkeit – und bereits das Ringen um Sagbarkeit – ist das Mindeste, was die Lebenden den Dahingemordeten schulden. Namen nennen, Gesichter und Biographien aufscheinen lassen, Familienbeziehungen, Arbeits- und Wohnorte. Bei dem Wort „Opferzahlen“ nicht stehen bleiben, sondern sich auf die Suche nach den Überlebenden und den Verwandten der Geiseln begeben, damit ihren Stimmen gehört werden, die dann von jenen sprechen, die ausgelöscht wurden an jenem 7. Oktober. So wie es der Historiker Simon Dubnow noch im Angesicht des nahen eigenen Todes getan hatte, 1941 bei dem Massaker von Riga: „Schrajbt, Jidden, un farschrajbt!“ Schreibt auf, Juden und schreibt alles nieder.

Es ist deshalb vielleicht mehr als ein Zufall, sondern eine strenge und gleichzeitig humane Ermutigung, dass die Simon-Dubnow-Straße in Tel Aviv zu jenem Platz vor dem städtischen Kunstmuseum führt, der seit nunmehr über einem Jahr den Namen „Platz der Geiseln und Vermissten“ trägt – ein Erinnerungsort mit Zelten und Kunst-Installationen, in denen die Verwandten und Freunde der Geiseln ausharren und im Gespräch immer wieder auf die überall angebrachten Fotos zeigen: Seht und schaut – das ist unsere Tochter und da ist der Sohn, da sind Kleinkinder und Greise, und dies sind ihre Gesichter und Namen.

Es kann deshalb über den größten Massenmord an Juden seit der Shoah gar nicht genug Zeugnisse geben. Sie stehen – wovon Lee Yarons amerikanischer Ehemann

Joshua Cohen im Nachwort des Protokoll-Bandes „Israel, 7. Oktober“ noch einmal aufmerksam macht – in der Tradition der Erinnerungs- und Gedenkbücher, in der sich seit dem Mittelalter jüdische Gemeinden ihrer Existenz versicherten, was indessen auch immer hieß: Chroniken zu verfassen über Verfolgung, Pogrome und Tod, jedoch auch über die Kraft zum Weiterleben. Wenn jede einzelne Mordtat für deren Opfer und deren Hinterbliebene tatsächlich „präzedenzlos“ ist – und gleichzeitig in der elenden Tradition eines Jahrtausende alten, eliminatorischen Judenhass steht – dann ist auch das skrupulöse Niederschreiben ein Akt des Widerstandes, der sich jener Vergesslichkeit entgegenstemmt, auf die seit je her die Mörder, der Mob und die Mitläufer spekulieren.

Gerade für nicht-jüdische Menschen in Deutschland stellt sich deshalb eine ganz konkrete Frage, die kein Ausweichen duldet: Wie gehen „wir“ mit dem Erbe und der fortgesetzten Existenz dieser Zeugenschaft um? Ignorieren wir es in jenem fatalen Missverständnis, dass Antisemitismus zuvörderst ein „jüdisches Problem“ sei, entwerten wir es in der Routine von Gedenkveranstaltungen, bei denen lediglich Satzbausteine aneinandergesetzt werden und getragene Musik und Klezmer für ein ruhiges Gewissen sorgen? Historisieren wir es in gutgemeinten Bild- und Materialbänden, Tagungen und Fußnoten-Debatten, in Ausstellungen mitsamt Katalogen voll mahrender Worte?

Oder tun wir das, was wirklich ansteht: In die Öffentlichkeit gehen, in die Medien und in die Parteien, vor allem aber in die Schulen und Vereine, in Nachbarschaftsläden und bei Alltagsgesprächen etwa an Bushaltestellen oder anderen Orten? Dabei nicht zu vergessen die Universitäten, da sich doch vor allem deren geisteswissenschaftliche Fakultäten zu Horten eines virulenten Antisemitismus entwickelt ha-



Marko Martin

ben, der sich gern als „post-kolonialer Antizionismus“ tarnt. Dort nämlich werden die Multiplikatoren der Zukunft ausgebildet, dort entscheidet sich, welches „Narrativ“ die künftigen Gesellschaften des Westens prägt. Und schon geht dort von einem „Opferstatus“ die böartige Rede, den sich die Juden und Israel angemessen hätten und den es nun zu „dechiffrieren“ gelte.

Aber was heißt „schon“? Waren nicht bereits im 19. Jahrhundert zahlreiche Universitäten hot spots einer hochfahrend juvenilen, völkisch-nationalistisch geprägten Judenfeindschaft, wie sie damals Heinrich Heine beschrieb und kraftvoll verspottete? Waren in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts viele der akademischen Stätten nicht bereits braun, ehe es das ganze Land wurde? Gab es – ein kleiner Zeitsprung nur – nicht schon (wieder) in den Jahren nach 1967/68 wüste Propaganda gegen Juden und den Staat Israel, versuchte nicht der vermeintliche „Spaß-Guerillero“ Dieter Kunzelmann der damaligen Linken den „Judenknack“ auszutreiben? Und hört es sich heute bei den vermeintlich „pro-palästinensischen“

Aktivist:innen von Berkeley bis Canberra, von Berlin bis Paris und Madrid und Rom nicht ganz ähnlich an?

Eine Frage, der freilich nicht Resignation und Erstarrung folgen dürften. Im Gegenteil. In der Thematisierung dieser fortgesetzten Infamie kann sich ja ebenfalls Widerständigkeit manifestieren – und diese Aufgabe stellt sich uns. Wohlgerichtet jedoch nicht allein im Posten und Likes-Gerieren innerhalb der eigenen Digital-Bubble, sondern vor allem im Gespräch mit anderen, die bislang womöglich eher indifferent waren. Mit professionellen Hassern lohnt gewiss keine Debatte, aber es hieße die Sinnhaftigkeit menschlichen Sprechens aufzugeben, würden wir nur noch mit jenen kommunizieren, die bereits überzeugt sind.

Effektive Kommunikation, die weder eifernd ist noch in falsch verstandener Dialogbereitschaft kruden Juden-Boykotteuren ein „pluralistisches Podium“ verschafft, müsste – Stichwort Alltag – des-

Marko Martin, geb. 1970, lebt, sofern nicht auf Reisen, als Schriftsteller in Berlin. Seiner Forderung nach dem Sagen ist er kürzlich beeindruckend nachgekommen. Seine Rede begann mit den Worten „Sehr geehrter Herr Bundespräsident“ und machte ihn schlagartig auch Nicht-Lesern bekannt. Nach einem Porträtband zur israelischen Gegenwartsliteratur und seiner Hommage „Tel Aviv – Nusschale und Schatzkästchen, darin die ganze Welt“ erschien soeben das Buch „Und es geschieht jetzt. Jüdisches Leben nach dem 7. Oktober“. Die Rezension: in diesem Magazin.

halb im Lebensweltlichen tätig werden. Was zum Beispiel bedeutet, Begegnungen zwischen Juden und Nicht-Juden auch jenseits bekannter, oft nur von älteren Jahrgängen besuchter „Formate“ neu zu denken und zu konzipieren. Kommunalpolitiker, (Kirch-)Gemeinden, Vereine und Schulen dazu zu ermutigen, auch in Zeiten knapper Kassen Bildungsreisen nach Israel zu organisieren und Schüleraustauschprojekten neuen Atem einzuhauchen. Dies nicht zuletzt auch für junge Hiesige mit Migrationshintergrund – und dann bei Besuchen in Israel auch im direkten Kontakt mit jungen arabisch-stämmigen Israelis, dazu in Begegnungen mit Überlebenden

der Shoah und des 7. Oktober. Welch unzählige, Erkenntnis und Verständnis fördernde Möglichkeiten täten sich hier auf!

Doch was hätte dies mit der eingangs erwähnten Tradition der Erinnerung zu tun? Fast alles: Da Israel, die heterogene, komplexe, bedrohte und gleichzeitig überaus lebendige – und seit je auch stets streitbar mit sich selbst ringende - Demokratie am östlichen Ufer des Mittelmeers eben jener Raum des permanenten Gedächtnisses ist, bevölkert von Menschen, die ganz Entscheidendes zu sagen haben. Hören wir ihnen zu.

Marko Martin

Über linken Antisemitismus

Jüdinnen und Juden müssen sich auf linke Menschen verlassen können. Die Freiheit von jedweddem Antisemitismus ist die unabdingbare Voraussetzung einer menschenfreundlichen Gesellschaft. Es gibt keine Gesellschaft der Freien und Gleichen, wenn der Antisemitismus noch sein stinkendes Haupt erheben kann, denn dann stehen auch die Scheunentore für Rassismus und alle Formen der Entwertung des Menschen offen.

Es hat mich niedergeworfen, dass Menschen, die sich „links“ nennen, das elimi-

natorische Massaker der Hamas vom 7.10. als „revolutionären Akt der Befreiung“ feiern. Wie konnte ein Teil Linken derartig verkommen?

Seit 500 Jahren breitet sich der Kapitalismus über die Welt aus. Marx bot eine glänzende Analyse seiner Produktionsweise und Strukturen. Für Lenin war Antisemitismus das verabscheuungswürdigste Symbol der untergegangenen zaristischen Ära. Aber mit der Machtübernahme Stalins und mit der Unterdrückung alles Emanzipatorischen durch den

NS-Faschismus in Deutschland verkümmerten viele linke Strömungen im Kampf ums Überleben. Eine Fortentwicklung kritischer Analysen gab es vor allem in kleinen Kollektiven im Exil. In der traditionellen kommunistischen Linken verbreitete sich ein folgenschweres Unverständnis von Kapitalismus: die künstliche Trennung zwischen zinstragendem „raffendem“ Kapital einerseits und produzierendem „schaffendem“ Kapital andererseits. Aus dem Klassenantagonismus vom Proletariat versus Bourgeoisie wurde der Kampf „Werk tätige“ gegen „Schmarotzer“. Dem

antizionistischen Antisemitismus wurde ein Nest bereitet.

Im Nahen Osten entwickelte sich der völkisch-palästinensische Judenhass. Er wurzelt im Islam. Von Beginn an hatte der Islam – ähnlich wie das Christentum – die Vernichtung des Judentums als der älteren Religion im Programm, was Phasen gegenseitiger Toleranz nicht ausschloss. Die Nazis entdeckten einen Bündnispartner: Mohammed Amin el-Husseini, Mufti von Jerusalem. Beide verabredeten nach dem siegreichem Weltkrieg gemeinsam die Juden in der arabischen Welt auszurotten. Die Nazis überschütteten Husseini mit Geschenken und bezahlten seine Pogrome („arabische Aufstände“). Im britischen Mandatsgebiet Palästina bekämpfte Husseini die arabische Moderne. Fez und westliche Kleidung genühten für Mord. Den arabischen Palästinensern wurde als Symbol für eine neu zu erfindende nationale palästinensische Identität ein Tuch aufgenötigt, mit dem sich Bauern im Irak vor Sonne und Sandsturm schützten, die Kufiya. Heute ist das 'Palästinensertuch' in aller Welt ein Ausweis für Unwissenheit und Judenhass.

Husseini wurde der politische Mentor eines jungen Verwandten Yassir Arafat, den er nach dem Krieg von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren ausbilden ließ. Der gründete 1964 die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO). Sie pflegte enge Beziehungen zu linken Deutschen.

Die Sowjetunion und die USA hatten 1947/1948 der Teilung des britischen Mandatsgebiets in einen israelischen und einen neuen palästinensischen Staat zugestimmt. Die Anführer der arabischen Palästinenser lehnten ihren Staat ab. Arabische Staaten brauchten die Palästinenser als Waffe gegen Israel.

Nach Auschwitz und dem alliierten Sieg über Hitler konnte Stalin nicht so ohne weiteres Juden verfolgen, also nannte er sie „Zionisten“. Über die Befreiungsbewegungen, die sich eng an die Sowjetunion



Jutta Ditfurth

unter Stalin banden, verbreitete sich dieser Code bis in die UN.

Die nicht-stalinistische junge deutsche Nachkriegslinken bewunderte Israel. Die sozialistischen Kibuzzim waren eine soziale Utopie. Aber nach dem Sechstage-Krieg eskalierte der Streit über Israel auch im SDS. Ein Opfer durfte Israel sein, aber ein Sieger? Die Sowjetunion stand auf der Seite von Israels Gegnern Irak, Kuwait, Algerien, Saudi-Arabien und der PLO. Der SDS beschloss auf seiner Bundeskonferenz im September 1967 in einer Resolution zum jüdisch-arabischen Konflikt: Israel sei zugleich „zionistisches Staatsgebilde“ und „imperialistischer Brückenkopf“. Die weit größeren „Brückenköpfe“ Türkei und Saudi-Arabien blieben unerwähnt.

Bedeutende Vertreter der alten sozialistischen Linken warnten vor dem als Antizionismus verkleideten Antisemitismus. Jean-Paul Sartre, Jean Améry, Herbert Marcuse und Ernst Bloch erklärten 1967 ihre unbedingte Solidarität mit Israel. Bloch kritisierte den unter Linken populär werdenden Imperialismusvorwurf gegen Israel als „Bewusstseinsspaltung“ und einen „Skandal mit ungewolltem Pogromklang“.

Heute finden wir alle Spielarten des Antisemitismus in Teilen der Friedensbewegung. Es bedarf keiner Maskierung mehr wie noch 2014 bei den „Montagsmahn-

wachen“ oder beim taktischen Umgang einiger linker Gruppen mit dem Hamas-Projekt BDS.

Das Hauptproblem innerhalb der gesellschaftlichen Linken ist die konsequente Klärung. Wie man es nicht macht, zeigt die Linkspartei. Der Streit wird nicht geführt, sondern in Gremien ausgelagert. Man jongliert mit Definitionen als seien die beliebig. Die Parole „Geschlossenheit vor Klarheit“ ist auch so ein fauliges Erbe von autoritärer Kaderpolitik. Irgendwie haben both sides Schuld. Als ob die notwendige Haltung gegen Antisemitismus davon abhängig sein kann, dass die gegenwärtige israelische Regierung eine rechtsextreme ist.

Das eliminatorische Massaker der Hamas vom 7. Oktober war nur ein Zwischenschritt zum „Endsieg“, wenn sich stalinistische und völkisch-palästinensische Strömungen des Antisemitismus im Exzess vereinen: „Wenn der Staat Israel endgültig zerstört und aus der Geschichte ausgeradiert sein wird, dann wird das der wichtigste Schlag sein, den wir zur Zerstörung des Kapitalismus und des Imperialismus zu unseren Lebzeiten führen können“, sagt Manolo De Los Santos (People's Forum, New York). Ein Erfolg einer solchen neofaschistischen Bewegung wäre ein Sieg über die Emanzipation aller Menschen.

Jutta Ditfurth

Jutta Ditfurth ist Autorin, Soziologin und Stadtverordnete für ÖkolinX-ELF im Frankfurter Römer.

Paris, Amsterdam, Berlin: von Eskalation zum Pogrom

Free Europe from Hamas!

Der Begriff der „kumulativen Radikalisierung“ stammt vom Historiker Hans Mommsen und wurde geprägt, um die Eskalation der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zu erklären, dabei besonders die Rolle der Täter, Mitläufer und Zuschauer zu beleuchten. Heute zeigt sich mit erschreckender Aktualität, wie treffend dieser Begriff auch für die gegenwärtige Eskalation des Judenhasses in Europa ist. Vor allem in den Städten Paris, Amsterdam und Berlin, die einst als Symbole der Freiheit galten, beobachten wir in diesen Tagen eine zunehmende Radikalisierung – einen Hass auf Juden und auf den Staat Israel, der immer offener zutage tritt.

Ein markantes Beispiel ereignete sich jüngst in Paris: Die „Ultras“ von Paris Saint-Germain enthüllten bei einem Champions-League-Spiel gegen Atlético Madrid ein Banner, das kein Ausdruck legitimer Kritik, sondern eine Inszenierung von Hass und Antisemitismus ist. Die Aufschrift „Free Palestine“ war so gestaltet, dass Israel gänzlich aus der Landkarte gestrichen erschien – eine unverhohlene Fantasie der Vernichtung. Die Symbole auf dem Banner griffen tief verwurzelte antisemitische Propaganda auf: Ein Kind, eingehüllt in eine libanesische Flagge, stellt Israel als „Kindermörder“ dar, während eine blutverschmierte Palästina-Flagge auf die alte Verleumdung der jüdischen „Blutschuld“ anspielt. Dies ist keine spontane Aktion, sondern ein geplantes, antisemitisches Statement.

Dieser Vorfall verdeutlicht, dass Antisemitismus kein einfaches Vorurteil ist, sondern ein mörderisches Ressentiment, verankert im Erlösungsdenken und in der Fantasie

Alon Meyer ist Präsident des jüdischen Sportverbandes Makkabi Deutschland und des Frankfurter Sportvereins TuS Makkabi Frankfurt sowie Mitglied der Exekutive der Maccabi World Union[2][3]

einer Welt ohne Juden und ohne Israel. Für die Ersteller des Banners ist „Frieden“ nur durch die Auslöschung des jüdischen Staates zu erreichen. Ein Denken, das an den erbarmungslosen Vernichtungswillen der Nationalsozialisten erinnert, die die Konzentrationslager selbst dann weiter betrieben, als sie dringend Ressourcen für den Krieg benötigten. Paul Spiegel, ehemaliger Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, lag richtig, als er mit Blick auf antisemitische und antiamerikanische Demonstrationen Anfang der 2000er Jahre sagte: „Hinter dem Ruf nach Frieden verschanzen sich die Mörder.“

Die „kumulative Radikalisierung“ setzt sich weiter fort: In Amsterdam wurden in der letzten Woche Fans des israelischen Vereins Maccabi Tel Aviv nach einem Spiel gegen Ajax Amsterdam von Islamisten angegriffen. Die Szenen sind verstörend: Brutale Tritte gegen am Boden liegende Fans, gezielte Schläge auf Köpfe, das Verfolgen von Maccabi-Anhängern durch die Stadt, das Hineinwerfen in einen Fluss. Erst als die Fans auf Geheiß der Angreifenden „Free Palestine“ riefen, ließ die Gewalt nach. Die Polizei, eigentlich zum Schutz da, soll laut Berichten untätig zugesehen haben. Was hier geschah, war nicht weniger als ein Pogrom – in einer europäischen Stadt im Jahr 2024. Europa muss dringend handeln und der Ausbreitung eines aggressiven Islamismus Einhalt gebieten.

Besonders schockierend ist, dass der jüdische Staat nun gezwungen war, mit El Al-Maschinen nach Amsterdam zu fliegen, um israelische Bürger auszufliegen – ein Eingeständnis der Ohnmacht Europas, seine jüdischen Bürger zu schützen. Dass Juden in einer westlichen Stadt wie Amsterdam nicht mehr sicher sind, ist ein Armutszeugnis für den Westen.

Auch in Berlin zeigt sich diese Eskalation: Offensichtlich bereits radikalisierte Jugendliche, die politisch oft noch geschützt



Foto: Roland Holschneider/dpa

Alon Meyer

werden, verfolgt, beschimpft und bedrohten minderjährige Spieler des jüdischen Vereins TuS Makkabi Berlin auf deren Heimweg mit Messern, nachdem diese bereits während eines Pflichtspiels beleidigt und angespuckt worden waren. Diese Übergriffe sind keine isolierten Vorfälle, sondern Ausdruck eines tief sitzenden Antisemitismus, der in Europa zunehmend offen zutage tritt.

Es ist besonders schmerzhaft zu sehen, dass diese Vorfälle in Städten passieren, die selbst islamistische Terroranschläge durchlitten haben und in denen jüdisches Leben tief verankert ist. Wer an den 13. November 2015 denkt, erinnert sich an das Länderspiel im Stade de France, während dem ausserhalb die Schüsse eines Terroranschlags zu hören waren. Genau in dieser Stadt wird jetzt ein antisemitisches Banner gezeigt – genau ein Jahr und einen Monat nach den unfassbaren Ereignissen vom 7. Oktober 2023, nach dem weiterhin viele Familien auf die Rückkehr ihrer sich noch immer in Geiselschaft befindlichen Angehörigen warten. Wo sind die Plakate mit „Bring Them Home“?

Die Geschichte lehrt uns, dass Antisemitismus immer vom Zusammenspiel aus Tätern, Mitläufern und passiven Zuschauern lebt – und auch die UEFA verharret in dieser Rolle. Statt eine klare Linie gegen Antisemitismus zu ziehen, duldet sie antisemitische Aktionen und zeigt damit eine unerträgliche Akzeptanz im Europa des Jahres 2024.

Gleichzeitig leisten wir bei MAKKABI Deutschland mühsame Basisarbeit: Wir fördern Integration und Verständnis unter Sportakteuren jedweden religiösen oder kulturellen Hintergrundes, setzen uns für ein friedliches Miteinander ein. Doch unsere Arbeit wird durch antisemitische Ausbrüche in Stadien und das Schweigen der verantwortlichen Verbände und Organisationen immer wieder erschwert (siehe unseren Bericht zum Sukkot-Lehrgang 2024 von MAKKABI Deutschland in diesem Heft).

Es ist mühsam, immer wieder zu mahnen, zu reagieren, an Versprechen zu erinnern. Es sollte endlich selbstverständlich sein, Antisemitismus nachhaltig zu bekämpfen, statt ihn zu relativieren oder sogenannte Sonntagsreden zu halten. Unsere Forderungen sind klar: mehr Maßnahmen, Sensibilität, proaktives Handeln und



Pro-palästinensische Demonstranten bei einer Demonstration während des Spiels Ajax Amsterdam gegen Maccabi Tel Aviv .

Foto: Jeroen Jumelet/ANP/dpa

bedingungslose Konsequenz gegen den wachsenden antisemitischen Hass. Die Städte Paris, Amsterdam und Berlin sind bereits zu Orten geworden, an denen sich Juden, aber auch alle Demokraten, fürchten müssen.

Sport bietet eine Plattform des Verbindens, sich Verstehens und Respekts. Wir dürfen nicht zulassen, dass er missbraucht wird für Hass und Gewalt. Die Werte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die Europa einst prägten, dürfen nicht inhaltsleer bleiben. Die Vorfälle in Paris, Amsterdam und Berlin sind eine weitere Eskalation des seit dem 7. Oktober 2023 offen dargestellten Antisemitismus, die auch vor dem organisierten Sport nicht haltmacht. Es ist also leider kein Zufall, dass nur einen Tag nach dem antisemitischen Banner der PSG-Fans in Amsterdam ein Pogrom gegen israelische Fans von Maccabi Tel Aviv verübt wird.

Unsere Forderung ist eindeutig: Free Europe from Hamas. Wenn Europa weiterhin zulässt, dass antisemitischer Hass ungehemmt tobt, signalisiert es allen Radikalen, dass Hass und Gewalt inmitten unserer Gesellschaft toleriert werden.

Die ernüchternde Schlussfolgerung bleibt: Der von Hans Mommsen beschriebene Prozess der „kumulativen Radikalisierung“ ist auch heute eine bittere Realität in unseren Städten, auf unseren Straßen, in unseren Stadien, mitten in Europa!

Alon Meyer



Ein Banner der Pariser Ultras während des Champions-Ligue-Heimspiels von Paris Saint-Germain gegen Atlético Madrid sorgt für Aufsehen.

Foto: picture alliance/dpa/MAXPPP

למען ישראל!

Für Israel!

Ich erinnere mich noch an Zeiten, in denen es als mutig angesehen wurde, wenn man von einem 5m Turm im Schwimmbad gesprungen ist. Heutzutage gilt es schon als mutig, sich öffentlich für das Existenzrecht Israels zu bekennen und sich für den Schutz jüdischen Lebens einzusetzen. Insbesondere seit dem islamistischen Terrorangriff von Hamas & Co. am 7. Oktober 2023 kann eine pro-israelische Haltung schnell lebensbedrohlich werden, weshalb viele dieses Thema wie ein Minenfeld meiden und eine klare Haltung scheuen.

Gleichzeitig können wir seit Monaten beobachten, wie der Hass auf Juden und den Staat Israel auch in Deutschland zunehmen. Es kommt nicht nur zu sprachlichen Übergriffen, sondern auch zu gezielter Anwendung von Gewalt gegen alles, was jüdisch ist.

Zuletzt erreichte die antijüdische Stimmung sogar unser Parlament, als Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoguz ein antisemitisches Bild auf ihrem Social-Media-Kanal veröffentlichte. Ein Umstand, der in ihrem Fall erneut Fragen aufwirft, insbesondere vor dem Hintergrund, dass u.a. zwei ihrer Brüder seit Jahren in Fachkreisen und bei Sicherheitsbehörden als Islamisten und Israel-Hasser bekannt sind.

Gülden Hennemann ist Politikwissenschaftlerin und ehemalige Mitarbeiterin des Bayerischen Verfassungsschutzes. Aktuell leitet sie im Bayerischen Justizvollzug die Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus (ZKE) und die daran angesiedelte Operative Einheit Extremismusbekämpfung (OpEEx).

Doch damit nicht genug. Seit dem 7. Oktober 2023 wird in der öffentlichen sowie politischen Debatte weniger über die islamistische Ideologie von Hamas & Co. und den damit verbundenen Hass auf Israel diskutiert. Dafür werden jedoch fast täglich unter dem Deckmantel der demokratisch garantierten Meinungsfreiheit antisemitische Feindbilder heraufbeschworen und versucht, diese salonfähig zu machen.

Dabei sind es nicht nur Hamas-Sympathisanten und Antisemiten, die diese antijüdische bzw. antiisraelische Stimmung anheizen, sondern insbesondere auch Teile der politisch linken Szene, Feministinnen oder LGBTQ-Aktivist:innen, die (bewusst oder unbewusst) die antisemitische Propaganda der Islamisten übernehmen. Dass es sich bei der Hamas und ihresgleichen um Terrormilizen handelt, die in palästinensischen Gebieten ein islamistisches Gesellschaftssystem anstreben und zugleich den Staat Israel vernichten wollen, wird seit Monaten komplett ausgeblendet. Ebenso wird die gezielte sexuelle Gewalt der Terroristen an Frauen und Kindern in all den Debatten und Protestaktionen mit keinem Wort erwähnt. Stattdessen werden Narrative der Islamisten übernommen und der Angriff vom 7. Oktober 2023 als Teil eines „legitimen Widerstandskampfes“ propagiert, dem „Provokationen Israels“ vorausgegangen seien. Vereinfacht gesagt: Israel sei selbst schuld an dem Terrorangriff der Hamas.

Es sind genau diese Argumentationsmuster, die besorgniserregend sind. Denn sie werden lediglich vorgebracht, wenn es um Israel geht. Zum Vergleich: als der selbst ernannte „Islamische Staat“ u.a. als Reaktion auf die amerikanische Besetzung

im Irak entstanden ist, kam niemand auf die Idee, die Islamisten des IS als „Widerstandskämpfer“ zu bezeichnen, geschweige denn für sie auf die Straße zu gehen. Weil jedem die islamistische Überzeugung des IS bewusst war. Entsprechend irritierend ist es, dass der Islamismus von Hamas & Co. derart kleingeredet, ja, geleugnet wird, wie wir es nun seit über einem Jahr erleben.

Umso wichtiger ist es, dass sich die demokratischen Kräfte unserer Gesellschaft durch die islamistische Propaganda weder manipulieren noch einschüchtern lassen. Im Gegenteil, wir brauchen einen gesellschaftlichen Mutausbruch gegen Islamisten und Antisemiten, einhergehend mit einem klaren Bekenntnis zum Existenzrecht Israels, ohne „wenn“ und „aber“. Denn der Schutz jüdischen Lebens ist ein wesentlicher Bestandteil unserer liberalen Demokratie, insbesondere auf Grund unserer historischen Verantwortung. Dabei ist auch klar: Kritik an der israelischen Regierungspolitik (z.B. hinsichtlich der Siedlungspolitik oder Justizreform) ist legitim, genauso wie im Falle von anderen Regierungen. Doch das Existenzrecht des Staates Israel grundsätzlich abzulehnen, ist für überzeugte Demokraten schlichtweg inakzeptabel.

Und so möchte ich mich hiermit ganz klar jenen anschließen, die sich eindeutig zu Israel und zu jüdischem Leben, in Deutschland genauso wie anderswo, bekennen, in der Hoffnung, dass sich auch andere dazu ermutigt fühlen. Denn ein „Nie wieder ist jetzt!“ darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein, sondern muss auch gelebt werden.

Gülden Hennemann

Damals brach nur ein Vulkan aus

Von besonderen Ehrungen in schwieriger Zeit

Der isländische Vulkan Eyjafjallajökull brach aus am Tag, bevor ich geehrt wurde: kein Flugverkehr über Europa. Mein Gastredner, Dr. Ephraim Lapid, meine israelischen Freunde, die zur Feier kommen wollten im Jahr 2010, mussten absagen. Damals, so behaupte ich, erhielt ich das Bundesverdienstkreuz eher für das über Jahre anhaltende Engagement im Rahmen der deutsch-israelischen Beziehungen. Die Kollegen, die heute ausgezeichnet werden, engagieren sich angesichts so viel schwieriger werdenden Bedingungen, mit so viel mutigerem Verhalten angesichts antiisraelischer, antijüdischer, antidemokratischer Tendenzen in Deutschland, bisweilen selber angegriffen, dass sie auch hier gewürdigt werden sollen.

Eine Recherche, wer unter den Mitgliedern der Deutsch-Israelischen Gesellschaft ebenfalls ausgezeichnet wurde,

ist nicht gelungen. Viele von uns sind nicht nur mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt worden, sondern etwa mit dem Wappenring der Stadt Kassel, wie die im Frühjahr verstorbene Esther Haß, Kommunalpolitikerin, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde und aktiv in der DIG oder Wolfgang Freitag aus Aurich, der mit dem Niedersächsischen Verdienstorden geehrt wurde. Andere Ehrungen sind unseren Mitgliedern ebenso zuteilgeworden: Die Ehrendoktorwürde für unseren unvergessenen Präsidenten Johannes Gerster sei hier exemplarisch erwähnt.

So bleibt dieser Beitrag manchen Kollegen die Benennung und die tiefe Dankbarkeit schuldig. Denjenigen, die in den letzten Monaten ausgezeichnet wurden, soll jedoch hier – ausdrücklich stellvertretend für alle anderen – besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das Engagement von Barbara Hoffs, Baden-Baden,



Ruth Frenk, Bodensee-Region und Dr. Hermann Kuhn, Bremen ist beispielgebend lange, nachdem der Ausbruch eines unaussprechlichen Vulkans das Einzige war, das uns beunruhigte. Ihre unbeirrte, mutige Haltung in schwierigen, gefährlichen, traurigen Zeiten soll hier gewürdigt werden.

Claudia Korenke

Engagement durch Kunst: Ruth Frenk



Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Ruth Frenk

Für Ruth Frenk ist Kunst Auseinandersetzung mit der Geschichte. Als Tochter von zwei Überlebenden des Konzentrationslagers Bergen-Belsen führte sie ihr Lebensweg von den Niederlanden über Genf und New York nach Konstanz, wo sie seit knapp 50 Jahren lebt.

Ihr Wirken für den christlich-jüdischen Dialog und die Deutsch-Israelische Aussöhnung reicht weit über die Grenzen der Stadt Konstanz hinaus. Ruth Frenk setzt sich für die Erinnerungskultur und gegen Antisemitismus ein. Seit Jahrzehnten ist sie als Sängerin, Stimm- und Gesangspädagogin und Referentin zum Thema jüdische Musik bekannt und aktiv.

Im Zentrum ihres musikalischen Engagements steht dabei das Liedgut des jüdischen Volkes, insbesondere Vokalmusik aus dem Konzentrationslager Theresienstadt.

Auch als Autorin zweier Bücher setzt Ruth Frenk sich mit jüdisch-israelischen Themen und ihrer eigenen Lebensgeschichte auseinander. Darüber hinaus ist sie seit mehr als dreiðig Jahren Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Bodensee-Region e. V. sowie Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Konstanz e. V.

In dieser Funktion hat sie neben dem Gedenken an den Holocaust auch kulturelle, politische und religiöse Themen rund um das jüdische Leben in Deutschland in den Fokus gerückt, etwa durch die „Woche der Brüderlichkeit“, das Gedenken an die Reichspogromnacht auf dem Konstanzer Friedhof, sowie zahlreiche Gesprächskreise und unterschiedlichste kulturelle Veranstaltungen.

Barbara Hoffs Appell an den Mut

Barbara Hoffs, so schrieben die Badischen Neuesten Nachrichten angesichts der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes im September dieses Jahres, war 28 Jahre lang das Gesicht der Deutsch-Israelischen Gesellschaft an der Oos. Etliche Jahre gehörte sie dem Bundesvorstand an, zweimal holte sie die Bundesversammlung der DIG nach Baden-Baden: eine Zeit, in der wir eng zusammenarbeiteten, Ereignisse, die die Bundesdelegierten stets besonders genossen. An dieser Stelle sei auch erinnert an ihren vor zwei Jahren verstorbenen Mann Ekkehard: die beiden waren ein Team, das unermüdlich die DIG bei den großen Anlässen in diesem Land repräsentierte – vom Kirchentag über die Buchmesse bis zum Sommerfest des Bundespräsidenten.

Im Baden-Badener Rathaus würdigte Oberbürgermeister Dietmar Spät den besonderen Einsatz von Barbara Hoffs, der das Bundesverdienstkreuz von Volker



Barbara Hoff erhielt das Bundesverdienstkreuz

Schebesta, Staatssekretär im baden-württembergischen Kultusministerium überreicht wurde. „Unser Bekenntnis zu Israel soll sich auch weiter zeigen“ – so Hoffs in ihrer Rede und betonte: „Wir müs-

sen mutig bleiben“. Besonders freute sich die Ausgezeichnete, dass gerade in der jetzigen Situation die Arbeitsgemeinschaft Mittelbaden, wie sie nun heißt, einen starken Mitgliederzuwachs verzeichnen kann.

Dr. Hermann Kuhn und die vielfältige Tatkraft



Bürgermeister Andreas Bovenschulte überreicht Hermann Kuhn die Urkunde zum Bundesverdienstkreuz.

Für sein langjähriges gesellschaftspolitisches Engagement hat der Bundespräsident dem Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Bremen, Dr. Hermann Kuhn, das Verdienstkreuz am Bande verliehen. Die Ehrung würdigt Kuhns ehrenamtliche Arbeit, insbesondere für die Erinnerungskultur und die Völkerverständigung mit Israel sowie die Bewahrung der demokratischen Werte der Bundesrepublik Deutschland. Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte überreichte dem 78-Jährigen die Auszeichnung im Februar 2024 im Kaminsaal des Bremer Rathauses. Bürgermeister Bovenschulte: „Das Engagement und Wirken von Dr. Hermann Kuhn ist von außerordentlicher Tatkraft sowie einem ausgeprägten Sinn für die Verpflichtung aus der jüngsten Geschichte Deutschlands gekennzeichnet. Über Jahre hinweg stand er mit persönlichem Einsatz für die deutsch-israelische Freundschaft, den Kampf gegen Antisemitismus und die Völkerverständigung.“

Hermann Kuhn war von 1991 bis 2015 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft für die Grünen. Über Jahrzehnte hat er sich als Gewerkschaftler, Vorsitzender der Europa Union Landesverband Bremen und Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Bremen/Unterweser e.V. für soziale Gerechtigkeit, europäische Integration und die Förderung des deutsch-israelischen Austauschs eingesetzt. Kuhn unterstrich: „Ich bin dankbar, dass unsere demokratische Gesellschaft mir den Raum und die Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement gegeben hat.“

Besonders hervorgehoben wurde Kuhns unermüdlicher Einsatz gegen Antisemitismus. Als Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Bremen hat er sich kontinuierlich für die Förderung des deutsch-israelischen Verständnisses eingesetzt. Als Schatzmeister der DIG auf Bundesebene wurde seine präzise Arbeit von Respekt und Anerkennung begleitet.



Israelsolidarität beim CSD Bremen

Zum ersten Mal hat die DIG am Christopher Street Day in Bremen teilgenommen. Anders als in manchen anderen Städten wurde unsere Teilnahme von den Veranstaltern freundlich begrüßt. Mit T-Shirts und Fahnen waren wir gut erkennbar, oft interessiert fotografiert, ohne Zwischenfälle.

Unsere Botschaft war die Solidarität mit der queeren Community in einem Land, das auch und gerade wegen seines liberalen Lebensstiles mörderisch angegriffen worden ist.

Dr. Hermann Kuhn

„Mittelbaden“ heißt die neue AG

Die AG Baden-Baden trägt einen neuen Namen: Mittelbaden. Darin spiegelt sich wider, dass sich die Aktivitäten von Baden-Baden heraus bis nach Karlsruhe ausgedehnt haben.

Bereits seit Ende Februar zeigt sich die DIG-Präsenz in Karlsruhe durch den Hoffnungslauf „Run for Their Lives“, der mitten durch die Karlsruher Innenstadt führt und an das Schicksal der noch in Gaza befindlichen Geiseln erinnert. Alle zwei Wochen, immer am Sonntag in der geraden Kalenderwoche laufen 30 – 40 Personen vom Europaplatz zur ehemaligen Synagoge in der Kronenstraße. Der Lauf wird fortgesetzt, bis alle Geiseln zurück in Israel sind. Des Weiteren haben am 7. April und 6./7. Oktober Kundgebungen in Karlsruhe stattgefunden. Zudem war die AG bei Süddeutschlands größtem Open-Air-Familienfestival „DAS FEST“ mit einem Infostand vor Ort. Gerade um die vielen Studierenden in Karlsruhe zu erreichen, wurde im September das „Junge Forum Karlsruhe“ gegründet. Der Name spricht direkt die

junge Generation der drittgrößten Stadt in Baden-Württemberg an. Die heutige AG Mittelbaden wäre undenkbar ohne das Engagement von Barbara Hoffs. 1991 gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern der AG Baden-Baden und hat sich unermüdlich für die deutsch-israelische Freundschaft eingesetzt, sowohl im Privaten als auch im Lehralltag. Am 5. September wurde ihr das Bundesverdienstkreuz für ihre Verdienste um Frieden, Freundschaft und Verständigung zwischen Deutschland und Israel verliehen. Vielen Dank, Barbara! Die AG Mittelbaden wird ganz in diesem Sinne auch in Zukunft eine starke Stimme für Israel in Baden-Baden und Karlsruhe einnehmen.

Nicolai Albiez
Co-Vorsitzender AG Mittelbaden

Nurit Katziry aus Sha’ar HaGolan stellt die DIG-Broschüre „Der Kibbuz. Israels einzigartige Erfindung“ vor.

Eine Kibbuznikit auf Vortragsreise

Nachdem die Broschüre der DIG Bremen/Unterweser e.V. auf der Hauptversammlung im Juni 2024 erstmals vorgestellt wurde, entstand der Wunsch, über das Leben im Kibbuz zu diskutieren. Daher organisierte die DIG Bremen/Unterweser eine einwöchige Reise mit sechs Vortrags- und Diskussionsabenden mit Nurit Katziry. Die Reisekosten konnten über Spenden getragen werden.

Nurit Katziry ist eine der Autorinnen in der Broschüre mit dem Aufsatz „Sha’ar HaGolan. Ein Kibbuz an zwei gefährlichen Grenzen – damals und heute.“ Über ihr Leben hat sie berichtet und außerdem die grundsätzlichen Inhalte des Autors Dr. Shlomo Getz vorabgestellt: „Die Bedeutung der Kibbuzim für Israel von der Vergangenheit bis zur Gegenwart.“

So konnte für die Besucher in Berlin, Köln, Hamburg, Bremen, Hannover und Meinerßen bei Gifhorn ein wunderbarer Bogen geschlagen werden, der die mehr als 110 Jahre Entwicklung der Kibbuzim und des Lebens im Kibbuz umfasst.

Nurit ist kurz vor ihrem 80sten Geburtstag gereist und hat diese doch strapaziöse Reise mit ihrem Temperament und ihrer Erzählfähigkeit wunderbar gestaltet und dabei natürlich auch mit Trauer und Unverständnis die entsetzlichen Taten vom 7. Oktober 2023 in den Kibbuzim und weiteren Orten an der Gazagrenze kommentiert. Dieser Teil ihrer Vorträge hat aufgezeigt, wie tief die Verwundung Israels ist und wie die israelische Gesellschaft sich wieder den Kibbuzim zuwendet, denn diese wurden vor dem Hamas-Massaker vom „modernen“ Israel als elitär und mit Privilegien ausgestattet bewertet. Nun erkennt die Gesellschaft wieder, dass die ursprüngliche Rolle der Kibbuzim als „Wächter der Grenzen“ immer noch gilt und dass sie im Ernstfall die ersten und oft heldenmütigen Opfer und Helfer sind.

Leider musste Nurit auf ihrer Vortragsreise ganz persönlich erleben, dass auch sie angegriffen wurde, weil palästinensische Aktivisten in Hannover in den

Vortragssaal eingedrungen sind und sie beschimpft und beleidigt wurde; darüber wurde auch in der Presse berichtet. Die Polizei war bald zur Stelle und hat die Gruppe der palästinensischen Störer entfernt.

Nurit schrieb mir dazu am nächsten Tag: *„Ich denke immer noch an den gestrigen Abend. So etwas habe ich noch nie erlebt. Ich fühlte mich beleidigt. Ich, ein „Meretz“-Mitglied, werde des Völkermordes beschuldigt, wie ignorant sind diese Palästinenser?“*

An allen anderen Abenden blieben die Störungen aus und Nurit Katziry schrieb eine abschließende Beurteilung ihrer Reise, in der doch auch Gutes erklingt: *„Nachdem ich wieder zu Hause bin und über die acht Tage nachgedacht habe, die ich in Deutschland verbracht habe, habe ich einige Erkenntnisse gewonnen. Erstens bin ich so glücklich und dankbar, dass ich deutsche Freunde habe, die echte Israel-Freunde sind. Ich war so bewegt, als ich die Fotos von unseren Geiseln in der Synagoge sah, als ich die Deutschen, mit den gelben Schleifen auf Ihren Hemden sah. Ich finde es so symbolisch, dass 1938 die Juden in Deutschland einen gelben Stern auf ihren Hemden trugen, und jetzt habt Ihr, die Deutschen, ein gelbes Zeichen der Solidarität auf euren Hemden. Ich habe mich sehr schlecht gefühlt, als die jungen Palästinenser meine Geschichte in Hannover unterbrochen haben. Ich hatte keine Angst, aber ich war sehr traurig, denn wie sollen wir eine bessere gemeinsame Zukunft haben, wenn es keinen Dialog gibt? Meine letzte Erkenntnis war, dass Ihr mir das beste Geschenk zu meinem 80. Geburtstag gemacht habt, mit dem Gefühl, dass ich ein junges Mädchen bin, das jeden Tag zu einem neuen Ziel geht.“*



„Schalom, Hoffnung und Liebe für euch alle aus dem blutenden Israel.“

Wir, die wir die Freude hatten, Nurit zuzuhören und mit ihr zu diskutieren, können uns nur von ganzem Herzen bei ihr bedanken; bedanken für das lebendige und starke Israelbild und den Optimismus, den eben nur eine Kibbuznikit von ihrem Format vermitteln kann.

Ich empfehle, die Kibbuzbroschüre zu lesen, zu verteilen und auch zu diskutieren. Einen besseren Überblick über die einzigartige Erfindung Israels kann man nicht bekommen. In der Geschäftsstelle in Berlin sind die Exemplare abrufbar, aber sie ist auch auf der DIG-Webseite als PDF zum Herunterladen verfügbar.

Dr. Widu Wittekindt
DIG Bremen/Unterweser e.V.

Bonn

Gedenken in Bonn:

„Es wird Spuren, ja: Wunden hinterlassen“

Am 7. Oktober 2024 jährte sich der Jahrestag des Massakers, das Hamas-Terroristen an mehr als 1200 Menschen auf israelischem Boden verübten und das mehrere tausend Verletzte zurückließ. Über 250 Menschen wurden in den Gazastreifen verschleppt. 101 von ihnen werden bis zum heutigen Tage von der Hamas als Geiseln gehalten. Das Massaker, das für viele weltweit als das schlimmste Verbrechen an Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust gewertet wird, hat Spuren, ja Wunden hinterlassen – auch bei uns, die wir nicht unmittelbar betroffen sind.

Dies zeigte sich bei der Gedenkveranstaltung am 8. Oktober 2024, zu der die DIG AG Bonn und die Jüdische Hochschulgruppe (JHG Bonn) ihre Mitglieder sowie Vertreterinnen und Vertreter der Synagogengemeinde Bonn, der Stadt Bonn sowie verschiedener Kooperationspartner eingeladen hatten.

Wir haben uns bewusst für diese Form der nicht-öffentlichen Veranstaltung entschieden und gegen eine Solidaritätskundgebung im öffentlichen Raum wie jene vom 15. Oktober des vergangenen Jahres, weil für uns die Opfer im Vorder-

grund stehen sollten und wir massive Störungen, wie bei vorausgegangenen öffentlichen Veranstaltungen der DIG Bonn, vermeiden wollten.

Das gemeinsame Gedenken und Trauern war das zentrale Thema der bewegenden Veranstaltung, und wir alle waren voller Erschütterung und Sorge. Nach den Grußworten von Jan Eickenboom (DIG), Elis Marder (JHG), Bürgermeisterin Nicole Unterseh und Morin Luft (Synagogengemeinde) wurde ein Video der israelischen NGO „Masa Ishi“ (Personal Journey) gezeigt, in der Elya Katzir, geboren und aufgewachsen in Kfar Aza, zwei Briefe an ihren dort ermordeten Vater vorlas: <https://youtu.be/wpoSeiHckyW?si=C4t365BCUnLOm8DI>.

Nach einer kurzen Pause gestaltete die Jüdische Hochschulgruppe das Programm. Mitglieder verlasen Texte zu ihren Empfindungen seit dem 7. Oktober 2023. Ursula Schmitt las aus dem Buch „Schutzraum“, herausgegeben von Maayan Eitan und Oded Wolkstein. Danach erhoben sich alle zu einer Gedenkminute.

Anschließend wurden Kerzen für die Orte, an denen die Massaker geschahen, entzündet sowie die Namen der 101 Geiseln



Gedenkveranstaltung in Bonn

verlesen, während ihre Porträts mit Alter und Wohnort auf der Leinwand gezeigt wurden, und auch für sie wurden Kerzen entzündet. Sehr bewegend war zudem die Vorstellung der Geschichte von fünf Israelis, die ermordet oder als Geiseln verschleppt wurden oder als Soldat im Kampf gefallen sind. Gebete für die Ermordeten, die Geiseln und die Soldaten folgten. Zum Schluss sangen alle die Hatikva.

U. Schmitt, J. Klaeren, J. Eickenboom

Die Sicherheitslage in Bonn

Seit dem 7. Oktober 2023 ist die Angst von Jüdinnen und Juden wie auch Nichtjüdinnen und -juden vor nicht nur verbalen Übergriffen seitens der pro-palästinensischen Szene real und existenziell. Wie unsere Veranstaltungen mit Arye Sharuz Shalimar im Februar und Uriel Kashi zeigten, benötigten wir teils massiven Polizeischutz, weil unsere zunächst privat engagierte Sicherheitsfirma nicht ausgereicht hätte, der Bedrohung Herr zu werden. Auch eine Verlegung des Veranstaltungsortes in letzter Sekunde verhinderte

nicht, dass sich pro-palästinensische Sympathisanten Zugang zur Veranstaltung mit Uriel Kashi verschafften, um diese mit ihren Parolen zu stören. Auf Gesprächsangebote des Referenten wurde nicht eingegangen, sodass die Personen durch die Campus-Security und die Polizei aus dem Raum geführt werden mussten.

Zuletzt wurde eine Veranstaltung im September 2024 gestört.

Von der Universität Bonn wurde gefordert, jegliche Kooperation mit uns abzubauen.

Seit April 2024 führen wir Anmelde Listen und geben die Räumlichkeiten nur den Angemeldeten am Tag der Veranstaltung bekannt.

„Versteckt“ haben wir uns deshalb noch lange nicht und werden dies auch in Zukunft nicht tun. Wir werden aber neue Wege finden und beschreiten müssen, wenn wir weiterhin Veranstaltungen abhalten wollen, die in einem für alle Teilnehmenden sicheren Raum stattfinden sollen.

J. Klaeren, U. Schmitt, J. Eickenboom

Buxtehude – Jugendaustausch

Shalom Frankfurt: eine deutsch-israelische Woche am Main

Seit dem 7. Oktober 2023 befindet sich Israel im Kriegszustand. Daher ist es umso bemerkenswerter, dass der diesjährige Jugendaustausch zwischen Buxtehude und Netanya stattfinden konnte. Ein Besuch der Buxtehuder Gruppe in Israel war aufgrund der offiziellen Reisewarnung nicht möglich, allerdings konnten die israelischen Jugendlichen die Reise nach Deutschland antreten. Normalerweise besuchen sich die Jugendlichen gegenseitig in den Familien, stattdessen gab es dieses Jahr eine gemeinsame Unterbringung im Hostel. Die Auswahl für den Begegnungsort fiel auf Frankfurt am Main, da die Stadt eine reichhaltige jüdische Geschichte und ein buntes Gemeindeleben hat.

Den Rahmen des einwöchigen Programms bildete das Thema jüdisches Leben. Die Austauschgruppe besuchte das Museum Judengasse und beschäftigte sich mit jüdischer Geschichte in Mittelalter und Neuzeit. Auch mit der NS-Geschichte und der Deportation von Jüd:innen setzte sich die Gruppe auf einer Führung durch die Großmarkthalle auseinander. Im Anschluss daran gedachte man bei einer selbst vorbereiteten Zeremonie den Opfern des Holocaust.

Beim Besuch der Westend-Synagoge zu Shabbat-Beginn zeigte sich, dass jüdisches Leben wieder rege stattfindet: 7000 Mitglieder hat die Frankfurter Gemeinde inzwischen wieder. Im Gespräch mit jungen Gemeindegliedern zeigte sich, dass jüdisches Leben hier sich auf vielfältige Weise vom Leben in Israel unterscheidet. So ist koscheres Essen mit Ausnahme von Frankfurt im übrigen Deutschland schwer zu bekommen, in Israel aber eine Selbstverständlichkeit. Sicherheit in Deutschland bezieht sich auf Personen oder das persönliche Umfeld anstatt auf das gesamte Land. Überlegungen, die für die jungen Buxtehuder eine gänzlich neue Erfahrung darstellten.

Auch während des Programms war die Sicherheitslage ein allgegenwärtiges Thema: Als die Gruppe in Frankfurt ankam, war gerade erst eine Gruppe Jugendlicher im Norden Israels bei einem Raketenangriff ums Leben gekommen. Am zweiten Tag gelang die Liquidierung von hochrangigen Terroristen von Hamas und Hisbollah, am Tag darauf bereitete sich Israel



Frankfurt von oben: Austauschteilnehmende auf dem Main Tower

auf einen Gegenangriff vor. In der Folge stornierten amerikanische und deutsche Airlines alle Flüge nach Tel Aviv und die Rückreise war plötzlich gefährdet.

Wegen oder trotz der ungewöhnlichen Situation war der diesjährige Jugendaustausch eine Bereicherung und einmalige Erfahrung für die Teilnehmenden. Highlights der Jugendlichen waren das Erlebnisbad Miramar und die Wanderung durch den Wald zum Goetheturm, wobei der Wald die eigentliche Attraktion war. Nach der deutsch-israelischen Woche in Frankfurt bleiben neue Freundschaften, schöne Erinnerungen an die Zeit in Frankfurt und ein paar Brocken der anderen

Sprache dank der morgendlichen deutsch-hebräischen Sprachspiele.

Seit zehn Jahren engagiert sich der Buxtehuder Stadtjugendring im Austausch mit Israel. Aus dem Jugendaustausch ist die Buxtehuder Arbeitsgemeinschaft der Deutsch-Israelischen Gesellschaft hervorgegangen, die sich insbesondere als Ehemaligen-Netzwerk versteht. Partner in Israel ist das Community Center East Netanya (Matnasgan). Gefördert wird die Jugendbegegnung von ConAct, dem Koordinierungszentrum für den Deutsch-Israelischen Jugendaustausch, sowie von den lokalen Jugendpflegern.

[DIG Arbeitsgemeinschaft Buxtehude](#)

Chemnitz

Museumsmitarbeiterinnen aus Kiryat Bialik zu Gast

Städtepartnerschaft lebt trotz des Krieges – Begegnung in Chemnitz

„Es war eine gelungene Begegnung. Die Frauen sind froh wieder abgefahren“, bilanziert Dorothee Lücke, Vorsitzende der DIG-AG Chemnitz, den Besuch von vier ehrenamtlichen Museumsmitarbeiterinnen aus der Chemnitzer Partnerstadt Kiryat Bialik. Im Sommer waren die vier Israelinnen hier zu Gast. „Es war sehr bewegend, mit ihnen zu sprechen“, unterstreicht Dorothee Lücke und ergänzt: „Wir hörten viel Trauriges über die Kriegssituation.“

Die ersten Juden ließen sich in den 1920er Jahren in diesem Teil der Haifa-Bucht nieder. Aus dieser Zeit stammt „Beit Katz“, das heutige Heimatmuseum der 40.000-Einwohner-Stadt Kiryat Bialik. Es wird ausschließlich von Ehrenamtlerinnen betreut. Sie arbeiten besonders viel mit Schülerinnen und Schülern. Ihre Hauptthemen sind Wurzeln, Identität und Familiengeschichte. Ein ganzer Raum des Hauses ist Fotos von den ersten Familien gewidmet, die aus Deutschland stammten, ihre Heimat verlassen mussten und unter



Archivrecherche im Staatlichen Museum für Archäologie Chemnitz

schwierigsten Bedingungen die Stadt Kiryat Bialik gründeten. Deshalb werden deutsche Gäste in Kiryat Bialik auch immer ins „Beit Katz“ eingeladen. Vertreter der

DIG-AG Chemnitz wurden z.B. 2018 und 2022 von diesen Frauen durch die Räume geführt und mit den persönlichen Geschichten der Familien vertraut gemacht. Seitdem bestehen intensive Kontakte. Nach dem 7. Oktober letzten Jahres wuchs der Wunsch, den inzwischen älteren vier Damen einige gute Tage in Chemnitz zu ermöglichen. Die Stadtverwaltung übernahm einen Teil der Kosten, anderes wurde privat finanziert und der Fonds der DIG-Arbeitsgemeinschaften beteiligte sich an den Reisekosten.

Die ehrenamtlichen Museumsmitarbeiterinnen sprachen in Chemnitz zweimal vor Sechstklässlern. Sie erlebten hiesige Museumspädagogik sowie die Verlegung von Stolpersteinen. Besonders beeindruckte sie ein Benefizkonzert für Kiryat Bialik, das vom Chor der jüdischen Gemeinde Chemnitz ausgestaltet wurde. Denn hier werden mit vielen Ideen Spenden gesammelt, um dringend benötigte Schutzräume für Kindergärten in Kiryat Bialik zu errichten.

Dorothee Morgenstern



Begegnung mit der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Chemnitz, Dr. Ruth Röcher (3. von rechts), und dem Chemnitzer Oberbürgermeister Sven Schulze (Mitte vorn).

Fotos: Dorothee Lücke

Duisburg-Mülheim-Oberhausen

Warum Menschen am Jahrestag des Hamas-Massakers in die DIG eintreten

Eindrücke vom Neumitgliedertreffen der DIG Duisburg-Mülheim-Oberhausen

„Man darf nicht nur im Negativen verharren. Man muss auch die kleinen Wunder sehen“, sagt Rabbiner David Geballe am ersten Jahrestag des Hamas-Massakers in Israel, dem 7. Oktober. Geballe ist Seelsorger in der 2500 Mitglieder zählenden jüdischen Gemeinde Duisburg. Zu ihr gehören auch die Städte Mülheim, Oberhausen, Dinslaken und Wesel.

Zu den „kleinen Wundern“ gehört für Geballe nicht nur die erfolgreiche Raketenabwehr durch die Israelische Armee, sondern auch dass die seit 1973 in Duisburg, Mülheim und Oberhausen aktive Deutsch-Israelische Gesellschaft, DIG, bei ihrer Informationsveranstaltung im Jüdischen Gemeindezentrum in Zeiten zunehmender Israel-Kritik und ebenfalls verstärkten Antisemitismus 25 neue Mitglieder begrüßen und damit auf 160 Mitglieder anwachsen kann.

Der DIG-Vorsitzende, Mülheims Bürgermeister Markus Püll, würdigt den Eintritt der Neumitglieder an diesem Tag als „ein Zeichen der aktiven Solidarität mit Israel und des aktiven Eintretens gegen jede Form von Antisemitismus“. Das Gedenken für die 1200 israelischen Opfer des Hamas-Massakers verbindet er mit der Hoffnung, dass die 101 Hamas-Geiseln „in absehbarer Zeit gesund zu ihren Familien und Freunden zurückkehren können.“

Warum treten Menschen in einer Zeit, in der der Nahostkonflikt eskaliert und die Kritik am Staat Israel und Antisemitismus Hochkonjunktur haben, in die Deutsch-Israelische-Gesellschaft ein?, „Ich möchte mich nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch für einen deutsch-israelischen und für einen christlich-jüdischen Dialog engagieren“, sagt der 28-jährige katholische Theologiestudent Benedikt Gro-



Der Vorsitzende der DIG Duisburg-Mülheim-Oberhausen, Markus Püll im Jüdischen Gemeindezentrum Duisburg mit den Neumitgliedern: Benedikt Grotehans, Ludger Baack und Tim Jehles

tehans. Er hat Land und Leute durch ein Auslandssemester in Israel kennengelernt. „Das war für mich eine prägende und herausfordernde Lebenserfahrung. Besonders beeindruckt hat mich die Vielfalt der nicht konfliktfrei, aber friedlich koexistierenden religiösen und kulturellen Lebenswelten in Israel. Dort habe ich gelernt, dass man den gesellschaftlichen Frieden nur dann bewahren kann, wenn man immer im Dialog miteinander bleibt.“ Auch der 22-jährige Jurastudent Tim Jehles hat an seiner Universität israelische Gäste kennengelernt und sich für ein Auslandsstudium in Israel entschieden. Allerdings musste er dieses schon nach wenigen Tagen am 7. Oktober 2023 abbrechen. Er sagt: „Ich hoffe sehr, dass ich während meines Referendariats noch einmal die Chance bekomme in Israel zu leben und zu arbeiten!“ Jehles betont die engen historischen Verbindungen zwischen Juden und Christen. Für ihn ist schon aus historischer Sicht klar, dass wir als

Deutsche auf der Seite Israels stehen und gleichzeitig den Nahostkonflikt differenziert betrachten und das Leid aller Seiten sehen müssen. Das sieht auch der 68-jährige Politikwissenschaftler Ludger Baack so. Er sagt: „Ich stehe politisch links. Und links verbinde ich mit Menschenrechten, Gleichberechtigung und Befreiung. Deshalb kann ich nicht verstehen, dass es in unserem Land sogenannte Linke gibt, die sich mit islamistischen Terrororganisationen gegen Israel solidarisieren. Das Existenzrecht und das Selbstverteidigungsrecht des Staates Israel hat für mich absolute Priorität. Deshalb kann ich auch nicht nachvollziehen, dass Deutschland in der jetzigen Lage seine Waffenexporte nach Israel erheblich reduziert hat. Ich kann es auch nicht mit ansehen und mit anhören, wenn ich bei Demonstrationen in unserem Land Parolen, wie „Free Palastine from the River to the Sea“ oder: „Das Kalifat ist die Lösung“ bei Demonstrationen hören und lesen muss.

In diesem Sinne äußerte sich auch der Gastreferent des Neumitgliedertreffens, der in der Schweiz geborene und heute in Israel lebende Dolmetscher und Reiseleiter Ori Strassberg: Er ließ keinen Zweifel daran, dass deutsche Waffenlieferungen an Israel angesichts der Bedrohung durch eine Koalition zwischen dem Iran, China und Russland auch im deutschen Interesse seien. Strassberg erinnerte daran, dass

der Iran auch Waffen nach Russland liefert, die im Angriffskrieg gegen die Ukraine eingesetzt werden. Angesichts der potenziellen Gefahr, die auch für Deutschland von iranischen und russischen Raketen ausgehen, ist es für Strassberg konsequent, dass sich Deutschland vorsorglich mit israelischen Raketenabwehrsystemen ausstattet. Für den in Tel Aviv lebenden Strassberg könnte ein Regimewechsel

im Iran den Nahostkonflikt entspannen, friedlich überwinden und zu einer friedlichen Koexistenz des Staates Israel und eines palästinensischen Staates führen, weil die islamistischen Terrororganisationen Hamas und Hisbollah nur mit Hilfe der iranischen Mullahs politisch, finanziell und militärisch handlungsfähig sein.

Dr. Thomas Emons

Göttingen

Neu in der DIG-Familie: Arbeitsgemeinschaft Göttingen

Das Holbornsche Haus in Göttingen war Schauplatz der Neugründung der DIG AG Göttingen. An der Gründungsveranstaltung im September nahmen rund 40 Personen teil. Gewählt wurde ein zehnköpfiger Vorstand. Vorsitzender der neuen DIG AG ist Jan Steyer, als Stellvertreter gewählt wurden Dr. Balbina Bäbler-Nesselrath, Susanne Levi-Schlesier und Arne Keilhack, Schriftführer ist Florian Kautter.

Dass die Gründung einer DIG AG in der Universitätsstadt Göttingen auf Zustimmung stieß, zeigten auch die Grußworte. Dr. Kay Schweigmann-Greve (Vorsitzender der DIG Hannover, Mitglied des DIG-Präsidiums) und Wolfgang Schwerdtfeger (langjähriges Vorstandsmitglied der DIG Kassel) begrüßten die neue Göttinger AG im Kreise der DIG-Familie. Auch Dr. Achim Doerfer (stellvertretender Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Göttingen), Esther Heling-Hitzemann (Vorsitzende der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Göttingen), Agnieszka Zimowska (Regionsvorsitzende des DGB Südniedersachsen-Harz und Kreisvorsitzende des DGB Göttingen) und Elena Padva (Leiterin des Sara Nussbaum Zentrums Kassel) hielten Grußworte für ihre Organisationen, boten Kooperationsmöglichkeiten an und wünschten der neuen DIG viel Erfolg auf ihrem künftigen Weg.



Der engere Vorstand der DIG AG Göttingen

v.l.n.r.: Jan Steyer (Vorsitzender), Florian Kautter (Schriftführer), Susanne Levi-Schlesier (stv. Vorsitzende), Arne Keilhack (stv. Vorsitzender); in absentia gewählt daher nicht im Bild: Dr. Balbina Bäbler-Nesselrath.

Schwerpunkte der neuen AG Göttingen werden neben einer Fortsetzung der Solidaritätsaktionen für die Geiseln in Gaza und der schon bestehenden Bildungs- und Aufklärungsarbeit im Bereich Antisemitismus sein, außerdem soll der kulturelle und wissenschaftliche Austausch mit Partnerorganisationen in Israel ausgebaut werden. Perspektivisch ist auch ein Göt-

tinger Israeltag sowie das regelmäßige Angebot eines gegenseitigen Jugendaustausches zwischen Göttingen und Israel angedacht. Regelmäßige Vorträge zu den Themen christlicher Antijudaismus, linker Antisemitismus, BDS und das Kufiya-Netzwerk werden angeboten.

Jan Steyer

Frankfurt

Alt-Neuland beim Vorstand der AG Frankfurt

Nach den Wahlen der Mitgliederversammlung im Sommer des Jahres besteht der Vorstand der DIG Frankfurt aus einer guten Mischung von „alten Hasen“ und neuen Mitgliedern: Lena Luckenbach (geb. Reker) wurde als Vorsitzende im Amt bestätigt, ebenso die stellvertretenden Vorsitzenden Staatssekretär Uwe Becker (CDU), Tibor Luckenbach und Annika Zecher. Pavlos Tsachidis bleibt auch für diese Amtsperiode als Schriftführer aktiv. Hanna Weißer kam als JuFo-Sprecherin neu hinzu und übernahm den Platz von Kristina Scheuner, die aus beruflichen Gründen nicht erneut kandidierte, jedoch der DIG verbunden bleibt. Ebenso verbunden ist der AG und der Sache Mike Josef, der während der vergangenen Amtsperiode Oberbürgermeister von Frankfurt geworden ist und aufgrund dieser Verpflichtungen seinen Beisitzerplatz freigab. Peter Bednarek repräsentiert als neues Mitglied die SPD im Vorstand und sichert die traditionelle überparteiliche und breite Aufstellung.

Erneut gewählt wurden ebenfalls Miriam Dahlke, MdL (Bündnis 90/Die Grünen), Nouri Bejou, Tatiana Kvetnaya, Eva-Maria Klatt und Kolja Huth.



Voller Tatendrang in schwierigen Zeiten: der neue Vorstand der AG Frankfurt

Gießen

Brückenlauf für Israel und die Geiseln in Wetzlar

Ein Team der DIG Gießen nahm am 23. Wetzlarer Brückenlauf teil, der größten Breitensportveranstaltung in Mittelhessen. In diesem Jahr starteten 1.950 Läuferinnen und Läufer aus 720 Teams auf den rund 2.000 Meter langen Staffel-Kurs vorbei an der Lahninsel, über die alte Lahnbrücke, zurück zum Stadion der Stadt Wetzlar. Wir freuen uns, dass wir dabei sein durften und sind stolz, dass unser Team, bestehend aus Martina Fontana, Judith Klubmann und Philipp Wilhelm Kranemann den 210. Platz belegt hat und somit im ersten Drittel aller Teilnehmenden gelandet ist. Aber für uns stand weniger der sportliche Wettkampf im Fokus, sondern vielmehr das Erinnern an die sich noch immer in Gefangenschaft befindlichen Geiseln der Hamas und die Sichtbarmachung der israelischen Flagge in der Mitte der Wetzlarer Stadtgesellschaft. Aus diesem Grund wurden im Vorfeld des Laufs spezielle T-Shirts mit dem Logo unserer Arbeitsgemeinschaft und #BringThemHomeNow gedruckt, welche unsere Läuferinnen und Läufer, sowie die am Streckenrand unterstützenden Mitglie-

der mit Stolz trugen. Der Zieleinlauf erfolgte mit einer wehenden Israel-Flagge, den Tausenden Zuschauern sichtbar. In Zeiten wie diesen ist es wichtig, Gesicht zu zeigen und immer wieder in Erinnerung zu rufen, wofür die Arbeitsgemeinschaften der Deutsch-Israelischen Gesellschaft stehen. Öffentliche Veranstaltungen bieten eine perfekte Bühne um Menschen zu erreichen, die man schwerlich zur Teilnahme an unseren Veranstaltungen bewegen kann. Dies bestätigten uns auch Gespräche im Nachgang des Laufs, die allesamt unseren Mut und unseren Einsatz für Israel und seine Menschen lobten. Diese Gespräche trösteten uns locker über den hier und da ausbleibenden Applaus beim Vorbeiziehen unseres Teams, und die wenigen Schmäher-Rufe hinweg, die unsere Läuferinnen und Läufer auf der Strecke erdulden mussten. Nächstes Jahr wieder – Dann aber hoffentlich ohne #BringThemHomeNow!

Nicolas Asriël Obitz
Vorsitzender AG Gießen

Kassel

AG Kassel aktiv beim Wächterdienst an der Synagoge

In Kassel versammeln sich seit den Angriffen der radikalislamischen Terrororganisation Hamas auf Israel jeden Freitag Bürgerinnen und Bürger an der Synagoge, um den dort stattfindenden Schabbat-Gottesdienst symbolisch zu schützen. Diese Aktion soll ein deutliches Zeichen gegen den in Deutschland und auch in Kassel wachsenden Antisemitismus sein. Der Wächterdienst, der von der Evangelischen Kirche in Kassel initiiert und koordiniert wird, findet seit nun mehr einem Jahr statt und ist einmalig in Deutschland.

Neben anderen Organisationen der Kasseler Zivilgesellschaft hat die örtliche AG der DIG den Wächterdienst bereits mehrfach gestaltet. Zum fünften Mal fand dies am 11. Oktober 2024 statt, also in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum Jahrestag des 7. Oktobers. Die Mitglieder des Vorstandes hatten den Platz vor der Synagoge mit einer israelischen Fahne, Fotos von vier Geiseln sowie 101 Teelichtern in Erinnerung an alle noch im Gaza-Streifen von der Hamas gefangen gehaltenen Menschen versehen. Es gab außerdem einen Strauß Sonnenblumen und Fotos von den Gedenkveranstaltungen überall auf der Welt anlässlich des 7. Oktobers. Etwa 60 Personen, eine für den Wächterdienst sehr große Zahl, waren der Einladung der AG Kassel gefolgt, mit ihr zwischen 17.45 Uhr und 19.15 Uhr an der Synagoge Wache zu halten, während der Schabbat-Gottesdienst am Vorabend von Jom Kippur gefeiert wurde.



Fast der gesamte Vorstand der AG Kassel nahm am Wächterdienst teil: v.l.n.r. Elena Padva, Kristina Sjöström (beide stellv. Vorsitzende), Silvia Proll (Beisitzerin), Boris Krüger (Vorsitzender), Barbara Bonzel (Schriftführerin)

Der AG-Vorsitzende Boris Krüger begann seine Begrüßung mit der Erinnerung an den 28-jährigen Idan Shtivi, der vier Tage zuvor für tot erklärt worden war und dessen Leiche sich nach wie vor im Gaza-Streifen befindet. Exemplarisch stellte er danach die Schicksale dreier weiterer Geiseln vor. Davon ausgehend sprach er über die emotionale Belastung des Kasseler DIG-Vorstandes durch den Krieg im Nahen Osten, die durch täglich neue beklemmende Berichte und Bilder hervorgerufen werde.

Doch sollte es nicht allein um Tod und Trauer gehen, sondern auch um Hoffnung und Freundschaft. Krüger drückte seine

Hoffnung aus, dass der von ihm 2012 initiierte Jugendaustausch mit Kassels israelischer Partnerstadt Ramat Gan nach dem Ende des Krieges fortgesetzt werden könnte, genauso wie es zu einer Vertiefung der künstlerischen Beziehungen zwischen Kassel und Ramat Gan kommen könnte, die im Sommer 2023 von der Geschäftsführung der documenta und Sari Golan, der Kuratorin des Ramat Gan Museum of Israeli Art, ins Leben gerufen worden waren.

Seine Vorstandskollegin Silvia Proll, selbst Mitglied der jüdischen Gemeinde Kassels,

sprach über die Facetten der deutsch-jüdischen Freundschaft sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene. Sie verwies auf den Sonnenblumen-Strauß als Symbol der Hoffnung und auf die Fotos vom 7. Oktober 2024 als Zeichen der weltweiten Freundschaft zu Israel.

Als musikalische Zeichen der Hoffnung sangen die Anwesenden unter Anleitung der stellv. AG-Vorsitzenden Elena Padava die „Hatikva“ sowie das Lied „Kol Haolam Kulo“.

Boris Krüger



Vor dem Friedenssaal in Münster setzte sich Regine Foerster für die Freilassung der Geiseln ein

Münster

Mahnwachen in Münster

Der 7. Oktober 2023 prägte die Arbeit der DIG in Münster

Was macht man in Münster gegen den Terror der Hamas und ihrer Verbündeten? Aufklären und demonstrieren. Im Mittelpunkt standen dabei Mahnwachen. Hierbei fand besonders das Schicksal der Geiseln Beachtung, die von der Hamas in den Gaza-Streifen verschleppt und dort gefoltert wurden: einige wurden gegen palästinensische Gangster, die in israelischen Gefängnissen einsaßen, ausgetauscht, einige wurden ermordet, etwa 100 befinden sich noch in der Hand der Terroristen. Auch an die palästinensischen Opfer wurde erinnert, denn die Hamas nutzt die eigene Bevölkerung als Schutzschild. Für diese Mahnwachen war der Prinzipalmarkt der geeignete Ort, Münsters gute Stube. Das galt auch für die Mahnwache am 7. Oktober 2024. Auch hier stand das Schicksal

der Geiseln im Mittelpunkt, ihre Namen wurden verlesen.

Am 12. Juni rief das Junge Forum zu einer Demonstration auf dem „Platz der Weißen Rose“ auf. Dort fand in den Räumen des Instituts für Politikwissenschaft die „Lange Nacht der Bildung“ statt, bei der Referentinnen und Referenten eingeladen wurden, die für ihre Ablehnung Israels bekannt sind. Die Veranstaltung des Jungen Forums blieb von den Feinden Israels nicht unbemerkt und so versammelten sich Gegendemonstranten, die die bekannten Losungen gegen Israel skandierten. Darunter waren auch einige Frauen, die die Freiheit in Deutschland nutzten und nicht verschleiert waren. Hätten sie sich so im menschenverachtenden Regime der gottlosen Mullahs im Iran

betragen, wären sie von der Sittenpolizei bestraft worden. Im Nieselregen sorgte die Polizei für Sicherheit.

Im Mai sprach Axel Feuerherdt zur Delegitimation Israels durch die Vereinten Nationen. Besonderes Augenmerk legte er dabei auf die UNRWA, das Hilfswerk der UN für palästinensische Flüchtlinge. Auch die Haltung Deutschlands in den Vereinten Nationen zu Resolutionen gegen Israel kam zur Sprache.

Eine musikalische Veranstaltung der DIG und der Stadt Münster mit israelischen Musikern musste im September kurzfristig abgesagt werden: wegen der Angriffe auf Israel konnten die Musiker nicht mit einem Flugzeug nach Deutschland kommen.

Norbert Korfmacher

Nürnberg-Mittelfranken

Prominenz, Künstler, zahlreiche Gäste: Der erste Israeltag in Fürth

Fürth, 28. Juli 2024. Der erste Israeltag in Fürth, zu dem die Israelitische Kultusgemeinde Fürth und die Deutsch-Israelische Gesellschaft Nürnberg-Mittelfranken eingeladen hatten, war äußerst gut besucht.

Rund 500 Gäste folgten der Eröffnung durch die Gastgeber Nicolai Makosch (Vorsitzender DIG Nürnberg-Mittelfranken) und Julia Tschekalina (Vorsitzende IKG Fürth). Sacha Stawski (Vorsitzender ILI e.V.) moderierte anschließend durch den Israeltag.

Klare und starke Worte folgten von Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL, Israels stellv. Generalkonsulin Kasa Harbor, Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung und den Bundestagsabgeordneten Lisa Badum, Gabriela Heinrich und Katja Hessel.

Eindrucksvoll und nachhallend waren die gemeinsamen Schilderungen von Karl Freller, Direktor der Bayerischen Gedenkstätten und Landtagsvizepräsident a.D., und dem ehemaligen Sprecher der IDF und Schriftsteller Arye Sharuz Shalicar, um den sich nach seinem Auftritt noch eine lange Schlange für Gespräche bildete.



Nicolai Makosch, der Vorsitzende der DIG Nürnberg-Mittelfranken begrüßt die Gäste.



Tanz auf der Terrasse: Auch OB Dr. Thomas Jung war dabei.

Ausgelassene Freude dann beim Spiel von Leonid Khenkins Band mit der herausragenden Sängerin Tatiana Merzanova, mit denen es nach dem Saalauftritt noch auf der Terrasse weiterging samt einem spontanen Tanz der Gäste einschließlich des Oberbürgermeisters.

Derweil gut besuchte Ausstellungen, deren Kuratoren anwesend waren, und großer Andrang an allen Ständen des Shuk (Markt) auf der Terrasse. Das israelische Streetfood kam so gut an, dass es eine Stunde vor Veranstaltungsende ausverkauft war.

Den Höhepunkt bildeten sicher die beiden Tanzgruppen Karmiel Flowers und Mischpacha: Eine Stunde lang bekam das Publikum einschließlich der vielen anwesenden Kinder eine mitreißende Show einer kulturellen Reise rund um die Welt

geboten, und konnte anschließend sogar bei einem Workshop der jungen Startänzer mitmachen.

Seinen Abschluss fand der erste Israeltag in der Geburtsstadt Henry Kissingers in einem bewegenden Konzert der großen Stimme Daniel Pruzansky und einem Gebet des Rabbiners David Zharko für alle Opfer des laufenden Krieges.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft Nürnberg-Mittelfranken und die Israelitische Kultusgemeinde Fürth danken der Stadt Fürth, der Staatsregierung, allen Rednern, Künstlern und Gästen, der Sparkasse Fürth, dem AK Suchet der Stadt Bestes und allen weiteren Unterstützern, den vielen Helfern, den Mitarbeitern der Stadthalle Fürth und den Sicherheitskräften dafür, dass dieser Tag so ein Erfolg werden durfte.

Regensburg

Regensburg und die Oberpfalz zeigen Solidarität und Zivilcourage

„Solange auch nur eine Geisel gefangen ist, können wir nicht in Ruhe leben. Aber wir werden wieder lachen. Wir werden wieder tanzen.“ Die rund 150 Anwesenden vor der Regensburger Synagoge waren sichtlich bewegt, als Rednerinnen und Redner wie Pauline Schlegel vom JuFo bei der Gedenkkundgebung am 7. Oktober 2024 eindrückliche Worte für das fanden, was ein Jahr zuvor und seither geschah: die Angst, die Erschütterung, die Ungewissheit, die Trauer und nicht zuletzt auch die Zuversicht und der Mut. Die DIG Regensburg-Oberpfalz hatte zusammen mit dem Jungen Forum und der Jüdischen Gemeinde Regensburg zur Kundgebung eingeladen, um der Opfer des Terrorangriffs vom 7. Oktober in Israel zu gedenken, zur Befreiung der noch immer festgehaltenen Geiseln aufzurufen, und um Solidarität mit Israel zu zeigen. Beteiligt hatten sich auch Vertreterinnen und Vertreter von Parteien und Jugendorganisationen, wie die Jungen Liberalen, die auch einen Redebeitrag beisteuerten.

Die gesamte Stadtspitze Regensburgs folgte dem Aufruf und stand bei der Kundgebung in erster Reihe. Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer (SPD) unterstrich in ihrer Rede, dass die Stadt alles tun werde, um die Menschen in Israel zu unterstützen und den Antisemitismus vor Ort konsequent zu bekämpfen.

Tim Kurockin von der Jüdischen Gemeinde Amberg sprach sich in seiner Rede vehement gegen rassistische Instrumentalisierungen von rechts im Kampf gegen Antisemitismus aus, und fügt hinzu: „Es macht Mut zu wissen, dass wir Verbündete haben. Auch unter den Minderheiten: die iranische, kurdische, jesidische Community – sie stehen hinter uns, weil sie wissen, wie gefährlich Islamismus ist“. Vorstandsmitglied und Gewerkschafter Stefan Dietl aus Sulzbach-Rosenberg richtete in seiner Rede auch selbstkritisch den Blick in die eigenen, linken Reihen, die sich in Teilen mit Terroristen gemein machen.

Ein Redebeitrag wurde aus Israel eingespielt. Darin erzählte U., ein Bewohner der Stadt Ofakim, wie er sich während des 7. Oktober letzten Jahres auf Reise in Europa befand und dort gestrandet war. U. verfolgte am Telefon, wie Terroristen in sein Haus in Ofakim einfielen, in dem seine jüngste Tochter mit ihrem Freund ausharrte. Sie überlebten in einem Schutzraum. Ein paar Tage später traf U. in Regensburg auf eine DIG-Kundgebung. „Das Gefühl war unglaublich – eine Demonstration FÜR Israel!“, so schildert U. seine Reaktion, als er im Oktober 2023 auf unsere Versammlung mit Israel-Flaggen gestoßen war. „Vielen Dank für euren Support. Es hat uns das Gefühl gegeben, dass wir in Sicherheit und an einem guten Ort sind,“ teilte er den Anwesenden mit.

„Der 7. Oktober hört nicht auf, weil weltweit die Solidarität mit Israelis ausbleibt, und sich stattdessen Hass und Häme gegenüber israelischen und jüdischen Opfern Bahn brechen,“ betonte Irina Gaydar von der Jüdischen Gemeinde Regensburg in ihrer Rede. „Er hört nicht auf, weil der Antisemitismus auch hier anschwillt



Rund 150 Menschen versammelten sich vor der Synagoge in Regensburg, darunter die gesamte Stadtspitze.

wie selten zuvor, genährt von Desinformation, Propaganda, von Ignoranz und Gleichgültigkeit.“

Dieser Antisemitismus war in diesem Moment ganz nah: ein Gegendemonstrant hatte sich auf die Kundgebung zubewegt, mit einem Shoah-relativierenden Schild in der Hand. Glücklicherweise hatten sich Mitglieder lokaler Antifa-Gruppen auf solche Störungsversuche vorbereitet und daher einen Ring um die Versammlung gebildet. Sie konfrontierten den Mann, eskortierten ihn weg vom Kundgebungsgeschehen und ergänzten somit das Sicherheitskonzept von Polizei und Sicherheitsdienst um ein entscheidendes Element. Es ist also letztlich antisemitismuskritischen Antifas zu verdanken, dass das würdige Gedenken an diesem Tag nicht empfindlich verletzt wurde.

Nicht nur auf diese Weise zeigten Linke Solidarität mit Israel: Bereits am Tag zuvor hatten verschiedene Gruppierungen rund um die DGB-Jugend Oberpfalz und zivilgesellschaftliche Organisationen eine eigene Demonstration auf die Beine gestellt, die sich gegen jeden Antisemitismus, gegen Antizionismus und Islamismus aussprach. An zwei aufeinanderfolgenden Tagen standen also die Straßen Regensburgs ganz im Zeichen der Israelsolidarität. Gemeinsam mit Verbündeten wird die DIG Regensburg-Oberpfalz und das Junge Forum den Israelhassern auch in Zukunft nicht das Feld überlassen.

Dennis Forster
Vorsitzender AG Regensburg-Oberpfalz

MAKKABI Deutschland und die Vorbereitungen auf die Maccabiah 2025

„Aufgeben ist keine Option“



Beim diesjährigen Sukkot-Lehrgang von MAKKABI Deutschland, der im Oktober 2024 in Duisburg stattfand, drehte sich alles um Sport, Gemeinschaft und die besondere Symbolik des Sukkot-Festes. Das Fest erinnert an die Zerbrechlichkeit des Lebens und die damit verbundenen Unsicherheiten. Die Sukka als symbolische, temporäre Behausung steht für die sicheren Orte, die in Zeiten von Ungewissheit und Chaos geschaffen werden. Angesichts des Zivilisationsbruchs vom 7. Oktober 2023 ist diese Symbolik von besonderer Bedeutung. Jetzt erkennen wir, wie wichtig solche Orte für Gemeinschaft und innere Stärke sind. Diese Botschaft gibt uns Kraft, Resilienz zu entwickeln und trotz aller Widrigkeiten nach vorn zu blicken. Der MAKKABI Deutschland-Großlehrgang war ein solch sicherer Ort

ging es nicht nur um sportliche Höchstleistungen, sondern auch um die Stärkung der jüdischen Identität. MAKKABI Deutschland verfügt über starke Abteilungen in verschiedenen Sportarten, die entscheidend zur hohen Qualität und Professionalität des Trainings beitragen. Unter den Anwesenden waren auch die MAKKABI Deutschland-Präsidiumsmitglieder Keren Vogler, Prof. Dr. Anatoli Djanatliev, Lisa Michajlova und Claudio Offenberg, die den Lehrgang durch ihr Engagement bereicherten.

In 16 verschiedenen Sportarten, darunter Basketball, Judo, Tischtennis, Straßenradfahren, Triathlon, Schwimmen und Leichtathletik, bereiteten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer intensiv vor. Im Rahmen des Lehrgangs wurden umfassende Leistungsdiagnostiken durchgeführt, um die sportliche Entwicklung gezielt

Peskin, Leiter der MDJ, bei der die jungen Mitglieder ihre Ideen und Ziele für die Zukunft diskutierten. Der Austausch förderte den Teamgeist und bekräftigte die Rolle junger Menschen bei der Schaffung einer starken Gemeinschaft. Ausblick auf die Maccabiah 2025 und weitere gemeinsame Aktionen während der Erinnerung lebendig halten, blicken wir auch entschlossen nach vorn. Die Maccabiah, die alle vier Jahre in Israel stattfindet, ist mit mehr als 11.000 Aktiven die größte jüdische Sportveranstaltung der Welt und symbolisiert die Einheit und Stärke der jüdischen Gemeinschaft weltweit. Es ist eine der Hauptaufgaben von MAKKABI Deutschland, alle vier Jahre die deutsch-jüdische Delegation zu entsenden, um Deutschland in Israel bei diesem bedeutenden Event zu vertreten. Unter dem Motto „Mehr denn je!“ stehen Teamgeist, persönliches Wachstum und das Verteidigen unserer demokratischen Werte im Mittelpunkt.

Ein Highlight wird das Vorbereitungscamp für die Maccabiah sein, das am historischen Ort des Olympiastadions in Berlin stattfinden wird. An dem Ort, der architektonisch für eine in Stein gemeißelten NS-Ideologie steht, werden wir uns mit dem Davidstern auf den Trikots auf das größte jüdische Sportevent der Welt vorbereiten – ein kraftvolles Symbol unserer Resilienz und gegen jeden Antisemitismus. Trotz des Krieges gegen die Hamas arbeiten wir entschlossen auf die Maccabiah 2025 hin, in der Hoffnung, dieses großartige Sportereignis in Frieden und Freiheit in der einzigen Demokratie im Nahen Osten feiern zu können. Aufgeben ist keine Option. Im Rahmen der Vorbereitung freuen wir uns darüber hinaus auf gemeinsame Aktionen, wie das Gedenken an das Olympiaattentat von 1972, den 60. Jahrestag der Neugründung von MAKKABI Deutschland sowie der Wiederaufnahme deutsch-israelischer Beziehungen.

Jérôme Buske

Jérôme Buske engagierte sich im Umfeld des Jungen Forums (JuFo) und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) in Leipzig und Berlin. Er setzte sich ehrenamtlich und beruflich in der politischen Bildung gegen Antisemitismus ein. Seit 2021 arbeitet er als Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Berliner Büro von MAKKABI Deutschland.

des Zusammenhalts, an dem mehr als 200 jüdische Athletinnen und Athleten aus ganz Deutschland zusammenkamen, um nicht nur sportlich, sondern auch menschlich zusammenzuwachsen.

Das vergangene Jahr stand im Zeichen des Gedenkens und des Engagements für die Angehörigen der Geiseln. Gemeinsam setzten wir Zeichen, um das Andenken an den 7. Oktober 2023 wachzuhalten und einen Raum zum Trauern zu öffnen. Unsere Solidarität gilt weiterhin den Opfern des schrecklichen Hamas-Angriffs und ihren Familien. Die Gedanken an die Geiseln und die schwierige Lage in Israel begleiten uns weiterhin. In den Worten unseres Präsidenten Alon Meyer: „Aufgeben ist keine Option.“

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Maccabiah 2025 war deshalb der Sukkot-Großlehrgang: Mehr als 200 jüdische Sportlerinnen und Sportler aus ganz Deutschland kamen zusammen, um sich auf die Maccabiah vorzubereiten. Dabei

voranzutreiben. Das Ziel ist klar: in Frieden und Freiheit mit der weltweiten jüdischen Gemeinschaft sportliche Höchstleistungen zu feiern.

Ein besonderer Höhepunkt war die Feier des Schabbat und der Havdalah, durch die wir unsere jüdischen Werte gemeinsam lebendig machten. Diese spirituellen Momente boten allen Anwesenden den Raum, die integrative Kraft des Sports zu erleben. Die Feierlichkeiten zeigten, wie Sport und Tradition zusammenwirken können, um ein Gefühl von Zusammenhalt zu schaffen.

Ein wichtiger Bestandteil des Lehrgangs war das Bildungsangebot zur Antisemitismusprävention im Rahmen unseres Projekts „Zusammen“. Dieses Projekt sensibilisiert die Teilnehmenden für das Thema Antisemitismus im Sport und stärkt das Bewusstsein für eine respektvolle und solidarische Haltung. Ein weiteres Highlight war die Versammlung der MAKKABI Deutschland Jugend (MDJ), angeführt von Gregor



Dr. h.c. Sonja Lahnstein-Kandel, Vorsitzende des Vorstandes, Deutscher Fördererkreis der Universität Haifa

Universität Haifa

Wie Toleranz überlebt

Eine Insel der Verständigung und eines friedlichen Miteinanders:

Die Universität Haifa repräsentiert eine reale Gesellschaft – ein Mosaik verschiedener ethnischer Gruppen, das sich durch die israelische Gesellschaft zieht. Trotz der aktuellen Herausforderungen, hat das von hoher Toleranz geprägte Zusammenleben von jüdischen, arabischen und anderen Studierenden dort nie aufgehört: Es ist das Produkt größter Anstrengungen aller Mitwirkenden. Sie machen sich seit über 50 Jahren dafür stark und leben das Leitbild der Universität.

Wie gelingt es, diesen Kurs so vehement zu verfolgen? Den Rahmen bilden Programme und konkrete Maßnahmen, die das gemeinsame Wirken unterstützen.

Wegweisende Programme

Trotz des Krieges liegt der Anteil arabisch-israelischer Studierender aktuell bei ca. 40 Prozent – so hoch wie noch nie. Insbesondere arabische Akademikerinnen, Vorbilder für viele junge Mädchen, benötigen unterstützende Rahmenbedingungen. Das „Werner Otto Arab Israeli Women Graduate Program“ ermöglicht ihnen, ihr Studium ohne finanziellen Druck abzuschließen. Aufgrund starrer Familientraditionen bleibt ihnen eine akademische Laufbahn oftmals verwehrt – und genau da setzt das Programm an, zeichnet die Teilnehmerinnen aus und bestärkt sie. Der Erfolg spricht insbesondere in diesen schweren Zeiten für sich: Es erhält aktuell mehr Bewerbungen denn je!

Dr. h.c. Sonja Lahnstein-Kandel, Vorsitzende des Vorstandes, Deutscher Fördererkreis der Universität Haifa

Neben der Förderung über Stipendien will die Universität ihren jüdischen und arabischen Studierenden auch dabei helfen, in ihren Dörfern und Städten aktiv zu werden und sukzessive Führungspositionen zu übernehmen – mit dem „Jewish-Arab Community Leadership Program“. Das Programm fördert aber auch die Verständigung auf dem Campus selbst, da, wo es naturgemäß zu Spannungen kommt. Der Frieden in Israel und in der Region kann nur gedeihen, wenn auf beiden Seiten verantwortungsbewusste Führungspersonen handeln. Wie gut das funktioniert, davon konnte ich mich bei meiner Israel-Reise im Juni selbst überzeugen. Die

Pädagogische Fakultät der Universität Haifa

Teilnehmenden sind fest davon überzeugt, sich nicht entzweien zu lassen!

„Dieses Programm ist ein Leuchtturm der sozialen Integration. In den wöchentlichen Treffen wurden Barrieren abgebaut und es entstanden dauerhafte Freundschaften. Danke!“, fasste Hanna Khoury, arabischer Student, seine Erfahrungen zusammen.

„Ich habe die einzigartige Gelegenheit erhalten, wöchentlich mit arabischen Studierenden zusammenzukommen und auch die schwierigen Themen zu besprechen. Das hat mein Verständnis erweitert“, ergänzte Lev Gourevitch, jüdischer Student.

Role Model: Rektorin Mouna Maroun

Neben verbindenden Programmen braucht es aber auch ambitionierte Personen in Vorbildfunktionen, die zur Verständigung beitragen – wie die weltweit renommierte Neurowissenschaftlerin Prof. Mouna Maroun: Sie ist eine der ersten Absolventinnen des „Werner Otto Arab Israeli Women Graduate Programs“ und seit Kurzem Rektorin der Universität Haifa. Ihr Einsatz für die Förderung israelischer Araber in der akademischen Welt und in den Wissenschaften ist einer der Gründe dafür, dass die Universität zu einem Musterbeispiel für Vielfalt geworden ist.

Universität Haifa als Kristallkugel

Vor Semesterbeginn hat die Universität die Studierenden kontaktiert und versichert: Der Campus ist ein sicherer Ort für alle. Die Leitung hatte sich vor allem um die arabischen Studentinnen gesorgt: Sind sie und ihre Eltern davon überzeugt, dass sie auf dem Campus geschützt sind? Es folgten dazu intensive Vorgespräche und Informationsveranstaltungen. Es hat sich ausgezahlt: Alle sind zurückgekehrt. Es haben sich sogar mehr Studierende immatrikuliert als in den Vorjahren.



Mit der Etablierung der Division for Diversity, Inclusion and Community unter der Leitung von Prof. Arin Salamah-Qudsi (Head of Unit) und Lilach Bareket (Director of the Unit) kommt die Universität einmal mehr ihrer Verantwortung nach.

Für das akademische Jahr 2024/2025 bietet sie dazu einen flexiblen Hybrid-Lernmodus an. Es wurden Workshops und Schulungen entwickelt, um den Lehrkräften das nötige Rüstzeug in puncto sensibler und traumatischer Themen im Unterricht zu vermitteln.

Zu den Folgen des Terrors und der Rolle von Hochschulen beim Wiederaufbau einer vielfältigen Zivilgesellschaft fasste der ehemalige Präsident der Universität Haifa, Prof. Ron Robin, kürzlich zusammen: „Wir müssen aufzeigen, dass es einen Weg aus der Spirale der Gewalt und des Hasses gibt“. Die Uni Haifa sei wie eine Kristallkugel – was dort passiere, könne auch in anderen Städten funktionieren. Junge Menschen müssten lernen, „how to think, not what to think“. Auch die neue Leitung der Universität unter Prof. Gur Alroey steht selbstverständlich fest zum Satzungszweck der Toleranz und Gleichbehandlung.

In der Geschichte unserer Universität war die Zusammenarbeit mit der Al-Quds Universität in Ost-Jerusalem fast Normalität, ebenso gemeinsame Forschungsprojekte mit Jordanien und auch den akademischen Institutionen im Libanon. Wir alle hoffen: Diese wertvollen gemeinsamen Projekte werden auch in Zukunft wieder möglich sein. Wir dürfen unseren Glauben daran nicht verlieren.

Dr. h.c. Sonja Lahnstein-Kandel





Ron Leshem: Feuer
Israel und der 7. Oktober
Rowohlt Berlin Verlag

Dror Mishani: Fenster ohne Aussicht
Tagebuch aus Tel Aviv
Diogenes Verlag, Zürich

Lee Yaron: Israel, 7. Oktober
Protokoll eines Anschlages
S. Fischer Verlag, Frankfurt

Marko Martin: Und es geschieht jetzt
Jüdisches Leben nach dem 7. Oktober
Tropen Verlag, Stuttgart

**Sasha M. Salzman/Ofer Waldman:
Gleichzeit**
Briefe zwischen Israel und Europa
Suhrkamp Verlag, Berlin



Foto: Laura Nádvořníková/Suhrkamp Verlag

Martin Kunz
Verdammt viel Glück
agenda Verlag

Der 7. Oktober und die Literatur

Es ist etwas länger her als ein Jahr, das Massaker der Hamas im Süden Israels. Schon jetzt umfasst die literarische Aufarbeitung des Themas knapp 20 Titel renommierter Autoren, renommierter Verlage. Es sind Bücher der niedergeschriebenen Verzweiflung, Bücher der Wut, Bücher des Trostes. Manche dieser Bücher scheinen eher dem Autoren zu dienen denn dem Publikum. Das ist legitim – ein Recht auf Verstehen, auf Zuwendung, hat der Schreibende wie der Lesende. Manche dieser Titel sind schmal, wurden schnell geschrieben, der Verlag brauchte sie: jetzt. So unternehmen die Autoren den Versuch, im Dialog mit Freunden zu verstehen, zwei Kulturschaffende aus Deutschland und Israel nähern sich im Verlauf ihres Austausches, Erklärungen, die den Terror beschreiben gibt es ebenso wie Bücher, die fertig geschrieben waren und nach dem Überfall ergänzt wurden. Die Halbwertszeit von einigen dieser so entstandener Bücher ist begrenzt: Ihr Erleben musste enden mit der Abgabe des Manuskriptes und Autoren und Autorinnen wussten nicht, wie es weitergeht, dass es weitergeht, dass es immer schlimmer wird. Aber alle Publikationen sind Ausdruck der Fassungslosigkeit, kaum eine erhebt den Anspruch einer profunden Analyse. Denn: Die Zukunft, so fürchten wir, ist noch nicht zu Ende. Denn, die Zukunft, so hoffen wir, setzt sich fort.

Die Liste der Publikation zum 7. Oktober ist entstanden in der Zeit der Buchmesse 2024. Sie ist weder vollständig noch bewertend. Für die Buchbesprechungen auf dieser Seite gilt Ähnliches: sie spiegeln hilflos die Erschütterung.

Das Foto entstand bei Hugendubel. Nach einer Auslage von Büchern über und nach dem 7. Oktober befragt, sagte eine junge, sehr freundliche Dame: „Die sind in unserer Israelabteilung“. Wir sollten uns bewusst machen, dass eines nicht sein darf: das Unfassbare in die Israelabteilung zu schieben. Es ist uns allen geschehen.

Claudia Korenke

Was jetzt ist

Marko Martin hört auf Stimmen
zum 7. Oktober

Es ist ein Buch der Sprachlosigkeit, bis an den Rand gefüllt mit Fakten, Zitaten, Überlegungen, Emotionen, Begegnungen, Wissen, Spekulationen, Reminiszenzen. Marko Martins neuestes Buch – ein kleinformatiger Band mit knapp über 200 Seiten – ist der Versuch, ein Chaos zu ordnen.

Ich lese es, ein paar Wochen, nachdem er es im August beendet hat, und knapp zwei Wochen, bevor sich das Datum wiederholt: der 7. Oktober.

Ich habe das Buch gelesen während U-Bahnfahrten, es so haltend, dass meine Gegenüber den Titel nicht erkennen konnten und an einem Nachmittag, an dem es derart regnete, dass die Welt hinter den Fenstern schwarz war. Ich habe bei der Lektüre geweint, ich war empört, ich fühlte mich unverstanden und bestätigt und verwirrt: Wo bleibt das Requiem?

Wie schafft man es, soviel Menschheitswissen auf so wenigen Seiten, die „eigentlich“ – auch dieses Wort macht hier Karriere – von anderem handeln, unterzubringen? Wieso lesen wir über Saul Bellows Jerusalem-Buch aus den 70er Jahren und von Paul Amschel, der später als Paul Celan einem selbstgewählten Ende in der Seine entgegenlebte? Wieso hören wir „from somewhere in the mediterranean“ die voice of peace?

Wieso entdecken wir schwache Formulierungen – „ich war ich 29 Jahre alt gewesen“ und grandiose, wenngleich gegenderte Sprachschöpfungen wie die von „postkoitalen Leitartikeln“? Warum hat Marko Martin nicht meine Meinung über den künstlichen Tunnel auf dem Platz der Geiseln?

Wo ist das Leid? Warum erfüllt dieses Buch nicht auf jeder einzelnen Seite eine Mission – die des Nach-denkens, Nach-fühlens, Mit-fühlens mit dem, was der 7. Oktober uns bedeuten muss? Wieso erlaubt sich dieses Buch, meine Verortung – die Verortung jedes Einzelnen von uns – in Frage zu stellen? Und wieso verbietet uns die Lektüre Trauer und, angesichts aller anderen „Lagen“ – ha mazav“ der Welt – den Verlust der Zuversicht? Wieso macht mir das Buch ein schlechtes Gewissen? Wieso frage ich mich auf jeder Seite mehr, ob ich richtig trauere, ob ich überhaupt legitimiert bin zur Trauern angesichts dessen, das andere erleben oder nicht überlebt haben. Bin ich in der richtigen Gruppe solidarisch in Trauer, ist Trauer überhaupt erlaubt, wenn doch „Weitermachen“ nur geht mit Zuversicht. Aber ist sie nicht Unsinn, diese Zuversicht, muss man nicht aufgeben ... Marko Martin hat mich ins Chaos geschrieben. Aber: es geht hier definitiv nicht um mich – schreibt der Autor, gleich auf der ersten Seite.

Er hat geschrieben, wie sich Menschen verhalten seit jenem Tag. Es gibt schon jetzt Fülle von Büchern geben, Filme werden folgen, Graphic Novels, später Lyrik, veränderte Curricula, neue Debatten über die Singularität des Holocaust ...

Ich werde Marko Martins Buch ein zweites Mal lesen kann und erneut nicht verstehen: weil die Fülle der Gedanken, das Irrlichtern der Ideen, das Schweigen und das Schreien – es schreit nur ein Mensch in diesem Buch – das Sich-Abwenden und das Umarmen für das steht, was ist – was jetzt ist: achshav.

Claudia Korenke



Jens Balzer: After Woke
Matthes und Seitz, Berlin

**Woran denkst Du,
wenn Du an Israel denkst?**
**Woran denkst Du,
wenn Du an Deutschland denkst?**
Alexandra Nocke & Teresa Schäfer
Kiga Kreuzberger Initiative
gegen Antisemitismus e.V.

Wolfgang Kraushaar:
Israel: Hamas-Gaza-Palästina
Über einen scheinbar unlösbaren Konflikt
Deutsche Verlagsanstalt, Hamburg

Lena Gorelik/Miriam Schellbach:
Trotzdem sprechen
Ein intellektueller Paukenschlag
Ullstein Verlag Berlin

Michael Wolffsohn:
Nie wieder? Schon wieder!
Alter und neuer Antisemitismus
Herder Verlag, Freiburg im Breisgau

Saul Friedländer: Israel im Krieg
Ein Tagebuch
C. H. Beck Verlag München

Fania Oz-Salzberger:
**Deutschland und Israel
nach dem 7. Oktober**
Suhrkamp Verlag Berlin

Amir Tibon: Die Tore von Gaza
Eine Geschichte von Terror,
Tod, Überlebend und Hoffnung
Jüdischer Verlag Berlin

Peter R. Neumann:
Die Rückkehr des Terrors
Wie uns der Dschihadismus herausfordert
Rowohlt Verlag Berlin

Gisela Dachs: 7. Oktober
Versuch einer Einordnung
Suhrkamp Verlag/Jüdischer Verlag

Bürger schenken ihrer Stadt ein Denkmal für Yehuda Amichai

Ludwig Pfeuffer war sein Name und er wurde in Würzburg geboren. Zweisprachig wuchs er auf in einer orthodoxen Familie, die, so das Buch „Zukunftsarchäologie“*, ihm sowohl religiöse als auch humanistische, und zugleich jüdische und deutsche Bildung ermöglichte. Als Elfjähriger wanderte er mit seinen Eltern aus nach Eretz Israel und wurde bekannt als: Yehuda Amichai.

Jetzt machten drei Würzburger Vereine – die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, der Würzburg liest e.V. und die Leonard-Frank-Gesellschaft sowie zahlreiche private Spender – ihrer Stadt ein Geschenk: ein Ehrenmal für den Dichter. Der Künstler Michael Ehlers aus Reichenberg verwendete einen drei Meter hohen Stein vor den eine Stahlplatte gesetzt ist, in den die ersten Zeilen eines der bekanntesten Gedichte Yehuda Amichais gefräst sind: „AN DEM ORT, AN DEM WIR RECHT HABEN, WERDEN NIEMALS BLUMEN WACHSEN IM FRÜHJAHR“. Die seitlich angebrachte Unterschrift und ein Portrait Amichais prägen das Denkmal, zum dem auch ein vorgelagerter Bücherstapel gehört, darunter sein Roman „Nicht von jetzt, nicht von hier“, der in Würzburg spielt.

In einer Zeremonie, bei der neben anderen der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster teilnahm, dankte der Oberbürgermeister der Stadt Würzburg, Christian Schuchardt, den Initiatoren für die zügige Zusammenarbeit, die in gerade einmal vier Monaten von Idee bis Einweihung das Denkmal ermöglichte.

Zu einem Kuriosum sorgte einmal mehr die Übertragung der Hebräischen Sprache ins Deutsche: Angeblich habe Yehuda Amichai seinen Vornamen sowohl mit „J“ als auch mit „Y“ geschrieben. Und so steht das Yehuda Amichai-Denkmal an der Ecke der Jehuda Amichai Straße.

Auch die Deutsch Israelische Gesellschaft hat sich im Jahr 2015 in einer unter der Ägide des damaligen israelischen Generalkonsuls Dan Shacham und Rachel Heuberger, damals Leiterin der Hebraica-



Michael Ehlers, Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Burkhard Hose, Daniel Osthoff, Dr. Josef Schuster (von links)

und Judaica-Abteilung der Universitätsbibliothek in Frankfurt herausgegebenen Anthologie mit Yehuda Amichai befasst.

„Gott hat Gnade mit den Kindergarten Kindern“ beginnt eines der berührendsten Gedichte Amichais.

Das war lange vor dem 7. Oktober 2023.

Zukunftsarchäologie –
Eine Anthologie Hebräischer Gedichte,
ISBN 978-3-465-03907-5

Israeli Poetry –
A Contemporary Anthology,
ISBN 0-253-33140-4

Ignatz Bubis sel. A.

„Er war ein Glücksfall“

Vor 25 Jahren starb Ignatz Bubis, dessen Leben in Deutschland der Verständigung gewidmet war. Seine letzte Ruhe jedoch fand er in Israel. Gemeinsam mit der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit wurde jetzt seiner gedacht.

„Vor 25 Jahren mussten wir von Ignatz Bubis Abschied nehmen, einer außergewöhnlichen Persönlichkeit, die sowohl die jüdische Gemeinschaft als auch die gesamte deutsche Gesellschaft tief geprägt hat.“

Er war ein Mensch, der seine Überzeugungen offen und standhaft vertrat, auch dann, wenn andere sich dem Mehrheitsdruck beugten. Trotz des unermesslichen Schmerzes, den die Shoa bei ihm hinterließ, lehnte er die Opferrolle ab. Er forderte uns, die jüdische Gemeinschaft auf, aus dieser Haltung herauszutreten und eigenverantwortlich für uns selbst einzustehen.

Er war ein Verfechter eines zukunftsgerichteten, starken jüdischen Lebens in Deutschland, das als selbstverständlicher und integraler Teil dieses Landes empfunden werden sollte. Diese Entschlossenheit machte ihn zu einem Vorbild für eine ganze Generation, die ermutigt wurde, ihre Rechte zu verteidigen und mit Selbstbewusstsein aufzutreten.

Sein Engagement in der Politik, gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus wurde dabei stets begleitet von einer tiefen Menschlichkeit. Erinnern wir uns an die rassistischen Anschläge in Rostock-Lichtenhagen: Damals war Ignatz Bubis einer der ersten, die den Betroffenen öffentlich zur Seite standen.

Als Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland stellte er sich entschlossen gegen rechtsextreme Gewalt und FÜR die Rechte aller, die in Deutschland in Frieden und Würde leben wollen. Solidarität war nicht nur ein Wort für ihn, sondern moralische Verpflichtung, die er unerschütterlich erfüllte.



Ignatz Bubis sel. A.

Ignatz Bubis war zudem stets bereit, persönlich für seine Überzeugungen einzustehen. Auch dann, wenn er selbst zum Ziel antisemitischer Angriffe wurde, wenn ihm Widerstand entgegengebracht oder wenn ihm unterstellt wurde, seine wahre Heimat sei doch Israel.

Er trat für seine Werte ein – Werte, die von Respekt, Demokratie und Freiheit geprägt waren. Ignatz Bubis war ein großer Liberaler, der uns zeigte, dass man Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern auch für das Gemeinwohl tragen muss.

Heute gedenken wir seines Vermächtnisses in einer Zeit, in der Antisemitismus wieder mit bedrückender Wucht zutage tritt. Seit dem 7. Oktober 2023 erleben wir einen beispiellose Welle des Antisemitismus, die uns mit ihrer Schärfe erneut herausfordert und die bei vielen ähnliche Skepsis und Verunsicherung verursacht,

die Ignatz Bubis zum Ende seines Lebens bewegten.

Ich möchte auf diese Zweifel eingehen, die Ignatz Bubis am Ende seines Lebens äußerte. Er fragte sich, ob sein Wirken tatsächlich etwas bewegt habe. Doch wenn wir uns heute hier im Ignatz-Bubis-Gemeindezentrum Frankfurt umschaun, an diesem Ort, der heute ein Zuhause blühenden jüdischen Lebens ist, dann ist dies die beste Antwort und der beste Gegenbeweis für seine Zweifel: Ignatz Bubis hat mehr bewegt, als er selbst je ahnte. In seinem Geiste handeln wir weiter und lassen uns inspirieren, aus tiefer Überzeugung für ein starkes jüdisches Leben, für die Demokratie und für das Zusammenleben einzustehen.“

Michaela Fuhrmann
Jüdische Gemeinde Frankfurt
Leiterin Politische Beziehungen

21. September 1937 – 12. April 2024

Wir trauern um Esther Haß sel. A.

Mehr als 55 Jahre engagierte sie sich als Mitglied, im Kasseler Vorstand und auf Bundes-Ebene im Präsidium unserer Deutsch-Israelischen Gesellschaft e. V.

Wir haben uns in regelmäßigen Abständen getroffen, in Kassel und Berlin, auf Veranstaltungen der DIG, aber auch der SPD: Esther Haß war eine engagierte Sozialdemokratin und Kommunalpolitikerin.

Wenn wir beisammen standen, gab es grundsätzlich zwei Themen: Büsum und die Frage nach dem nächsten DIG-Präsidenten. Büsum: das war eine Chiffre für die Norddeutsche. Die Hafenstadt in Schleswig-Holstein bedeutete für sie Heimat und Urlaub. Immer sagten wir, auch zugehörig der Fangemeinde der Stadt an der Nordsee, man müsse sich dort einmal treffen. Man müsse ... In Jahr 2022 hat sie uns eingeladen, nach Kassel ins Rathaus: Aus der Hand des Oberbürgermeister erhielt sie die zweithöchste Auszeichnung der Stadt, den Wappenring. Wir waren eingeladen und verhindert ... man sollte ...

Christian Geselle, damaliger Oberbürgermeister Kassels, sagte bei der Verleihung:

„Esther Haß war lange Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, der sie seit 40 Jahren angehört und in deren Vorstand sie bis heute aktiv mitarbeitet. Dass der alte Jüdische Friedhof Bettenhausen vor dem Verfall bewahrt wurde, sei wesentlich ihr zu verdanken, sagte Geselle. Schon 1988 habe sie Führungen an diesem Ort angeboten, der ein wichtiges Zeugnis jüdischen Lebens sei. Besonders eng ist der Name von Esther Haß mit der neu aufgebauten und im Jahr 2000 eingeweihten Kasseler Synagoge verbunden, die heute das Symbol für das nach dem Holocaust kaum zu hoffen gewesene neue Aufblühen des Judentums in Kassel steht.“



Claudia Korenke

Esther Haß sel. A.

Foto: Silvia Proll

Viel zu früh verstorben

Burghard Mannhöfer

Es gibt diese Augenblicke, in denen die Zeit still steht. Solch einer war die unfassbare Nachricht, dass Burghard Mannhöfer kurz nach seinem 51. Geburtstag viel zu früh von einem Moment auf den anderen aus dem Leben gerissen wurde.

Mich hat diese Nachricht zutiefst erschüttert. Burghard war als mein Stellvertreter in der DIG-Familie in Potsdam Anker und Motor für uns alle.

Bei Burghard spürte jeder, wie sehr er die Arbeit der DIG liebte. Er füllte die Stände an den Parteitag mit Leben und die Freundschaft nach Israel zu pflegen, war ihm ein Herzensanliegen.

Ron Prosor, unser israelischer Botschafter, hat es einfühlsam beschrieben:

„Er war ein wahrer Freund des Staates Israel, ein engagiertes Mitglied der DIG Potsdam und ein unermüdlicher Kämpfer gegen Antisemitismus und Antizionismus. Burghard setzte sich stets für Verständigung und Toleranz ein und inspirierte viele mit seinem Einsatz für eine bessere Welt. Sein Verlust hinterlässt eine Lücke, die schwer zu füllen ist. Möge sein Andenken in unserem Herzen weiterleben und uns an die Werte erinnern, für die er stand.“

Lieber Burghard, wir vermissen Dich!

Patrick Meinhardt

Ehrenvorsitzender der DIG Potsdam



Burghard Mannhöfer

Foto: fotos@queer-kopf.de

Die DIG vor Ort

Augsburg-Schwaben e.V.
vorstand@dig-augsburg.de

Baden-Baden
baden-baden@digev.de

Bamberg
bamberg@digev.de

Bayreuth-Oberfranken
bayreuth-oberfranken@digev.de

Berlin und Brandenburg e.V.
schalom@digberlin.de

Bielefeld
bielefeld@digev.de

Bodensee-Region
bodensee-region@digev.de

Bonn
bonn@digev.de

Braunschweig
braunschweig@digev.de

Bremen/Unterweser e.V.
schalom@dig-bremen.de

Buxtehude
buxtehude@digev.de

Chemnitz
chemnitz@digev.de

Cottbus
cottbus@digev.de

Darmstadt
darmstadt@digev.de

Dresden
dresden@digev.de

Duisburg-Mülheim-Oberhausen
duisburg@digev.de

Düsseldorf
duesseldorf@digev.de

Erfurt
erfurt@digev.de

Frankfurt am Main
frankfurt@digev.de

Freiburg
freiburg@digev.de

Gießen
giessen@digev.de

Göttingen
goettingen@digev.de

Halle-Umland
halle@digev.de

Hamburg
hamburg@digev.de

Hannover
hannover@digev.de

Heidenheim
heidenheim@digev.de

Heilbronn
heilbronn@digev.de

Kaiserslautern
kaiserslautern@digev.de

Kassel
kassel@digev.de

Köln
koeln@digev.de

Leipzig
leipzig@digev.de

Magdeburg
magdeburg@digev.de

Mainz
mainz@digev.de

Memmingen/Kempen-Allgäu
memmingen@digev.de

München
muenchen@digev.de

Münster
muenster@digev.de

Nordhausen
nordhausen@digev.de

Nürnberg-Mittelfranken
nuernberg@digev.de

Oldenburg
oldenburg@digev.de

Osnabrück
osnabrueck@digev.de

Ostfriesland
ostfriesland@digev.de

Passau
passau@digev.de

Potsdam
potsdam@digev.de

Regensburg-Oberpfalz
regensburg-oberpfalz@digev.de

Rhein-Neckar/Mannheim
rhein-neckar@digev.de



Saar
saar@digev.de

Schleswig-Holstein
schleswig-holstein@digev.de

Schwerin
schwerin@digev.de

Speyer-Pfalz
speyer-pfalz@digev.de

Region Stuttgart e.V.
info@dig-stuttgart.net

Trier
trier@digev.de

Ulm / Neu-Ulm
ulm@digev.de

Weimar
weimar@digev.de

Westmünsterland
westmuensterland@digev.de

Wiesbaden
wiesbaden@digev.de

Witten
witten@digev.de

Würzburg
wuerzburg@digev.de

Junges Forum
jufo@digev.de

Social-Media-Kanäle

DIG



@DIG – Deutsch-Israelische Gesellschaft



@DIGeV_de



@digev_de



Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.

Junges Forum



@JuFoDIGeV



@JuFoDIG



@JuFoDIG

DIG-Bundesgeschäftsstelle

Bärbel Metz
Leiterin der Bundesgeschäftsstelle

Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
Fax +49 (0)30 80 90 70-31
info@digev.de | www.digev.de



Die Leitsätze der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Unsere Ziele sind klar definiert: Die Deutsch-Israelische Gesellschaft will die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschen und Israelis festigen und weiterentwickeln. Dabei agieren wir überparteilich und in steter Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung. Grundlage der Arbeit der DIG sind unsere Leitsätze. Sie weisen uns bei unseren Bestrebungen den Weg, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen sowie in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.

- 1 | Die DIG ist die zentrale Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich Freunde Israels in überparteilicher Zusammenarbeit zusammenfinden, um in Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung zu wirken.
- 2 | Es genügt nicht, die Entwicklung und Pflege der deutsch-israelischen Beziehungen staatlichen Stellen zu überlassen. Die DIG will deshalb als überparteiliche Organisation dazu beitragen, die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem deutschen Volk und den Israelis zu festigen und weiterzuentwickeln.
- 3 | Die DIG unterstützt und fördert alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen, in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.
- 4 | Die DIG engagiert sich für einen Frieden im Nahen Osten, der die Lebensfähigkeit Israels dauerhaft sichert. Sie tritt für eine Verständigung zwischen allen Völkern der Region ein und wendet sich entschieden gegen all diejenigen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die Israels Lebensrecht als jüdischer Staat bestreiten.
- 5 | Auch in Zukunft wird die Arbeit der DIG von dem Wissen um die von Deutschen zu verantwortenden Verbrechen an den Juden während der Jahre 1933 bis 1945 ausgehen. Die DIG wird deshalb der Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern verpflichtet bleiben. Diesen Auftrag gilt es, an die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln. Als konkreter Beitrag ergibt sich für die DIG daraus,
Vorurteilen gegenüber Juden in der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken sowie Antisemitismus und Antizionismus entschieden zu bekämpfen.
- 6 | Die DIG bemüht sich, in der Bundesrepublik die Kenntnis über Israel, seine Geschichte und seine Gegenwart zu vertiefen. Hierzu gehört eine kontinuierliche Unterrichtung der DIG-Mitglieder und der Öffentlichkeit über Entwicklungen und Probleme in Israel sowie über das Ringen um seine gesicherte Existenz.
- 7 | Mit den in ihrer Mitgliedschaft erarbeiteten und überparteilich getragenen Positionen äußert sich die DIG auch öffentlich, und zwar vornehmlich gegenüber der Regierung und den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.
- 8 | Die DIG bemüht sich in Israel um die Vermittlung eines realistischen Bildes über Entwicklungen und Probleme in der Bundesrepublik Deutschland. Sie arbeitet dabei eng mit ihrer Schwestergesellschaft, der Israelisch Deutschen Gesellschaft (IDG), zusammen, die sich auf israelischer Seite parallelen Aufgaben und Zielen widmet.
- 9 | Die DIG unterstützt den Austausch von Besuchergruppen zwischen beiden Ländern, vor allem im Rahmen des deutsch-israelischen Jugendaustausches. Dieser Austausch fördert die Bereitschaft, politische Verantwortung im Leben der menschlichen Gemeinschaft zu entwickeln, eine bessere und vertiefte Kenntnis vom anderen Volk, von seiner politischen und sozialen Lage, seinem Land, seiner Geschichte und seiner Kultur zu erwerben.
- 10 | Wichtige Aufgaben erfüllen die regionalen Arbeitsgemeinschaften der DIG. Sie führen Veranstaltungen durch, deren vorrangiges Ziel es ist, politische, soziale und kulturelle Entwicklungen in Israel durch deren Repräsentanten authentisch zu vermitteln und den Dialog zu fördern.
- 11 | Die DIG beteiligt sich an einer überregionalen Kooperation mit solchen Institutionen in europäischen Ländern, deren Ziel ebenfalls in der Entwicklung und Pflege enger freundschaftlichen Beziehungen zu Israel und seinen Bürgern liegt.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
info@digev.de | www.digev.de

